



Neues von der DNA-Front

Am 23.12.2001 wurde mir in einem mehrseitigen Schreiben mitgeteilt, dass sich die Bundesanwaltschaft (BAW) Zugriff auf meinen genetischen Code verschaffen will, d.h. einen DNA-Test beabsichtigt. Vorsorg-

lich wurde ich darauf hingewiesen, dass ich die „zwangsweise Durchführung des körperlichen Eingriffs“ („in Gestalt einer Speichelprobe, hilfsweise einer Blutprobe“) abwenden könne, wenn ich in die „Durchführung der Maßnahme einwillige“. In einem Begleitschreiben des Bundesgerichtshofs wurde mir die Möglichkeit zur Stellungnahme bis vorerst 21.1.2002 eingeräumt.

Zur „Begründung“ der beabsichtigten DNA-Untersuchung greift die BAW auf ein bewährtes Allzweck-Mittel der Wider-

Aus dem Inhalt:

Beitrag von Mumia Abu-Jamal an die Rosa-Luxemburg-Konferenz:	3
Der neue § 129b	4
Genua: Polizisten rehabilitiert	11
Nachrichten aus der Türkei	15

Mehrere zehntausend Menschen haben am 13.1. in Berlin der vor 83 Jahren ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht. Zuvor waren zahlreiche linke Gruppen in einem Demonstrationszug zur Gedenkstätte gezogen. In Sprechchören und mit Transparenten protestierten sie gegen die deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen im Ausland. Daran beteiligten sich etwa 10.000 Menschen.

standsbekämpfung zurück, den § 129a. Dieser Paragraph umfasst „Werbung für eine, Unterstützung einer und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und zielt v.a. auf die Organisierung innerhalb des linken und revolutionären Spektrums.

Konkret sieht das Vorgehen der BAW nun so aus: Die BAW setzt ein 1993 eingestelltes Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF (u.a. gegen mich) aus dem Jahr 1987 wieder in Kraft, und dies nicht nur auf juristisch illegitime Art und Weise, sondern auch aufpoliert mit völlig neuen Konstruktionen. Kern des neu aufgelegten Verfahrens ist nun plötzlich die Behauptung einer 4-wöchigen Mitgliedschaft in der RAF im Jahre 1986. „Begründet“ wird dies damit, dass ich mich in diesen 4 Wochen dem Observationsapparat entzogen hätte.

Da kommt es ihnen gerade gelegen, dass just in diesen Zeitraum 2 Aktionen fielen, die die BAW bis heute nicht juristisch bewältigen, d.h. nicht personell zuordnen konnte. Zum einen handelt es sich um die Aktion der RAF gegen den Siemens-Manager Beckurts, zum anderen um die Aktion einer Kämpfenden Einheit gegen das Fraunhofer-Institut für Lasertechnik in Aachen. Die BAW erhebt nun den Verdacht gegen mich, entweder an der einen oder der anderen oder wahlweise an beiden Aktionen der unterschiedlichen organisatorischen Zusammenhänge beteiligt gewesen zu sein, was wiederum die geplante DNA-Analyse

FH Frankfurt

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit gefordert

Das 30. Studierendenparlament der FH Frankfurt/Main beschloss auf seiner konstituierenden Sitzung eine Resolution für die Freiheit aller politischen Gefangenen, die im Folgenden dokumentiert wird. Leider hat das Parlament die Chance verpasst, die verknöcherten Strukturen im AstA durch die Wahl von neuen Leuten aufzuheben.

Das Studierendenparlament fordert die bedingungslose und sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen weltweit. Nicht nur die immer noch Gefangenen - teilweise seit über 20 Jahren -

aus der RAF, sondern auch die hungerstreikenden Gefangenen in den türkischen Gefängnissen (die mit tatkräftiger Unterstützung aus der BRD gebaut wurden und werden) müssen sofort freigelassen werden. Auch Gefangene aus dem antifaschistischen Widerstand wie bspw. Yves Peirat, der zu fünf Jahren Gefängnis wegen Anschlägen auf Büros der FN in Marseille verurteilt wurde, muss sofort freigelassen werden. Wir werden auch weiterhin an diesen Forderungen festhalten, bis diese erfüllt werden. Für eine Gesellschaft ohne Knäste! Hoch die internationale Solidarität!

11. Jan 2002

rechtfertigen soll.

Die Methodik der BAW offenbart nicht nur eine groteske Fähigkeit, aus Versatzstücken Ermittlungsverfahren zu montieren, sie steht v.a. für ein politisches Kalkül und Klima, in dem die militärische Mobilmachung nach außen ihre Entsprechung hat in den Allmachts-Visionen der herrschenden Klasse nach innen.

Flächendeckende Kameraüberwachung in den Innenstädten, verdachtsunabhängige Rasterfahndung, DNA-Analysen - mehr Polizei, mehr Bundesgrenzschutz, mehr Gefängnisse - mehr Abschiebungen, schnellere Abschiebungen - Elemente der „Inneren Sicherheit“ der letzten Jahre.

Doch der Prävention nicht genug: Mit den „Anti-Terror-Paketen I und II“ wurden nach dem 11. September im Eiltempo Gesetzesvorlagen aus den Schubladen gehievt, deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit bis dahin zumindest umstritten gewesen wäre.

Dazu zählen biometrische Daten, die von allen erhoben und in Ausweisen abrufbar sein sollen. Bis heute sind bereits 163 000 DNA-Analysen allein beim BKA gespeichert. Nicht von ungefähr wurde damit bei den Personenkreisen begonnen, bei denen am wenigsten öffentlicher Widerspruch zu erwarten war: bei Flüchtlingen, deren Fingerabdrücke bereits seit Jahren zentral gespeichert werden, bei Sexualdelikten, bei sog. Straffälligen. Erzeugt werden soll ein gesellschaftliches Klima, in dem vorausseilender Gehorsam, Unterwerfung im nationalen Konsens und rassistische Denunziation Hand in Hand gehen mit der Ausschaltung jeglicher Vorstellung einer Gesellschaftsstruktur, die nicht auf der kapitalistischen Verwertungslogik basiert. In einem Staat, in dem, wie Innenminister Schily verkündet, „Law and order“ sozialdemokratische Werte sind, darf kein Raum bleiben, der nicht von der Staatsräson beherrscht und durchdrungen ist und darf am absoluten Machtmonopol der herrschenden Klasse nicht gerüttelt werden, nicht gestern, nicht heute, nicht morgen.

Dies zeigt sich auch in dem unbedingten Willen der Staatsschutzorgane, Aktionen, die mehr als 15 Jahre zurückliegen in preußischem Perfektionismus zu verfolgen, aufzuklären und doch noch auf Biegen und Brechen zur Aburteilung zu bringen. Dafür scheint jede Konstruktion noch tauglich. Im Mai 2001 war in verschiedenen Zeitungen zu lesen, dass eine neue Generation von Beamten des BKA mit den noch nicht „abgeurteilten“ Aktionen der 80er und 90er Jahre befasst worden ist, in Kombination mit neuen Techniken der DNA-Analyse.

Es ist zu befürchten, dass sich BKA und BAW damit ein weiteres Feld für DNA-Analysen erschließen will, diesmal gegen ein ganzes politisches Spektrum aus einer beendeten Phase fundamentaler Opposition.

Wie auch am Beispiel der aktuellen Verfahren wegen Jahre zurückliegender Aktionen der Revolutionären Zellen ist die Botschaft eindeutig: Fortschrittliches und

revolutionäres Denken soll nicht zum Handeln kommen, kein politischer Faktor werden gegen imperialistischen Krieg, gegen rassistische Gesetzgebung, gegen die Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung.

Dafür stehen ebenso die langen Haftstrafen und die vielen Jahre der Isolationshaft gegen die Gefangenen aus der RAF, von denen noch immer Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner, Eva Hauke und Birgit Hogefeld im Knast sind.

Die Abrechnung mit Phasen emanzipatorischen Aufbruchs zielt nicht nur auf diejenigen, die sich - vor wie vielen Jahren auch immer und unabhängig von ihrer konkreten Praxis -im Kontext revolutionärer und auf Befreiung orientierter Zusammenhänge engagiert haben.

Sie zielt nach vorne, denn die Verhältnisse gebären ihren eigenen Widerspruch, und dafür ist „Genua“ ein Beispiel. Es ist offen, in welcher Weise die aktuelle Situation, in der die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Verwertung und der Versuch der Kompensation durch globale, kapitalistische Durchdringung auf neuer Stufe auch neue Widersprüche aufreißt.

Der Lauf der Geschichte ist noch nie von den Herrschenden allein entschieden worden.

Dem reaktionären Vormarsch Grenzen setzen!

Für den Kommunismus

Heidi R./ Stuttgart

Interview

Hanns Heim ist wieder draußen!

Das folgende Interview wurde in der Sendung Knast und Justiz im Radio fsk Hamburg am 4.1.2002 ausgestrahlt.

Ich bin verbunden mit Hanns, Du hast jetzt wie lange im Knast gesessen?

5 Wochen.

Warum warst du im Knast?

Ich habe mich geweigert, 500 DM Schadensersatz, also ursprünglich 500 DM, zu zahlen.

Du meinst, du hast keinen Schaden angerichtet. Was war der Anlass?

Die Geschichte ist etwas länger und schon knappe 20 Jahre her. Damals habe ich, als da Parlament den Nato-Doppelbeschluss gefasst hat, hier am Knast in Plötzensee in Berlin hingesprüht: Hier baut die Bundesrepublik an unserer Zukunft.

Damals wurde der Knast neu gebaut. Und zum Doppelbeschluss muss man vielleicht noch erklären, dass damals das sozialistische Lager in Schach gehalten werden soll-



LLL-Demonstration am 13.1. in Berlin. Bild: Krasse Zeiten

te mit der Stationierung von Raketen, die zum Angriff geeignet waren. Damals also hast du die Parole gesprüht: Hier bauen sie an unserer Zukunft?

Ja, um den Widerspruch auszudrücken, in dem ich mich und in dem sich alle, die damals dagegen waren, sich zu diesem Staat befinden, der so etwas macht. Natürlich hätten wir es lieber gehabt, wenn es umgekehrt gewesen wäre, wenn wir hätten sagen können, hier bauen wir an der Zukunft unserer Kinder. Aber nachdem die Machtverhältnisse so waren, mussten wir damit rechnen, dass es uns erwischt.

Und dann warst du im Knast?

Ja, ich habe zunächst einmal drei Wochen abgesessen, eine Ersatzfreiheitsstrafe, und dann kam noch der Justizsenator mit der Sachbeschädigungsforderung daher. Ich hab dann nicht bezahlt und denen das auch geschrieben, warum ich nicht bezahlte. Dann ging das halt so hin und her, dann waren's auf einmal 1200 Mark, dann kam die Gerichtsvollzieherin angewackelt ...

Kannst du uns sagen, warum du nicht gezahlt hast? Das ist vielleicht nicht allen sofort einsichtig.

Also, mir ging's einfach schon drum, dass ich nicht so kleinlaut sagen wollte, ja, ich hab einen Schaden angerichtet. Ich wollte dazu stehen: Ich hab das gemacht, und ich hab das aus Überzeugung gemacht. Das war kein Schaden. Und ich sag: Im öffentlichen Interesse ist vielmehr das, was ich dahin geschrieben habe, als das wegzumachen. Deswegen.

Wie waren deine Erfahrungen im Knast?
Ich möchte eines erwähnen, das sind die Briefe, die ich bekommen habe. Es haben zwei kleine Blätter - das *Angehörigen Info* aus Hamburg und das *Publik Forum* (phonetisch) - darüber berichtet, und daraufhin habe ich ziemlich viel Briefe bekommen, und das fand ich sehr gut. Das hat mir irgendwie ... ich habe nie das Gefühl gehabt, ich bin jetzt auf verlorenem Posten, und Leute haben auch ausgedrückt, wenn du im Knast bist, bist du das auch für mich. Das fand ich zum Beispiel ganz wichtig.

Das ist auch wichtig, wenn man im Knast ist, dass man die Verbindung demonstriert kriegt, die da ist. Und wie hat sich das gestaltet, dass du jetzt rausgekommen bist? Das hätte sich ja auch noch lange hinziehen können.

Nach Rechtslage hätten sie mich ein halbes Jahr behalten können. Hat auch fast so ausgesehen, als ob sie es machen wollte. Ich glaube, das war dann das Presseecho, nachdem dann noch zwei Berliner Zeitungen das aufgegriffen haben, der Tagesspiegel und hernach die Taz, und es war auch klar, als der Justizsenator Fragen beantworten musste, was halten sie denn von der Verhältnismäßigkeit in dieser Sache, da kam er etwas ins Stottern. Daraufhin haben sie beschlossen, mich wieder laufen zu lassen.

Ja, schön. Wir freuen uns alle.
Das finde ich auch gut.

Wie geht es nach deiner Entlassung weiter? Doch solltest doch noch Riesensummen zahlen?

Natürlich. Am Schluss haben sie ausgerechnet, nach den fünf Wochen hätte ich 7000 Mark zahlen müssen, ich muss für jeden Tag Haft 220 Mark Pensionskosten selbst zahlen. Das hätte sich dann schon ganz schön angehäuft. Dann hätten sie nach drei Jahren wieder daherkommen und mich einsperren können. Das wäre schon eine Maschine gewesen, die einen total niederdrückt. Wobei ich allerdings locker genommen habe, und ich hätte es auch durchgehalten - das ist der Vorteil, wenn man schon 62 Jahren ist ...

Na ja, aber der Knast ist schon etwas, das man nur mit Anstrengung meistern kann.
Aber am Schluss hat der Senator gegenüber der Reporterin verkündet, wenn es dann stimmt, dass sie mich nicht weiter belangen wollen.

Das freut uns auch. Du sagtest im Vorgespräch, du wolltest noch Menschen grüßen?
Ich will meine Hamburger Taxi-Kollegen grüßen! Ich jobbe als Taxifahrer und mit denen zusammen sind wir, also einige Berliner FahrerInnen und die Hamburger KollegInnen, mal gemeinsam nach Görlitz gefahren und haben dort gegen die Justiz demonstriert. Und die grüße ich herzlich.

Mumia Abu-Jamal an die Rosa-Luxemburg-Konferenz

Die US-amerikanische Militärgerichtsbarkeit in der Neuen Weltkriegsordnung

Einleitung zum Beitrag von Mumia Abu-Jamal von Jürgen Heiser

Ich überbringe solidarische Grüße von Mumia Abu-Jamal aus dem Todestrakt in Greene County, Pennsylvania, USA.

Er wäre gern hier, wir müssen aber weiter große Anstrengungen vollbringen, damit er aus dem Todestrakt und dem Knast überhaupt frei kommt und hier auf einer der nächsten Konferenzen wird sprechen können. Er hat im Moment Berge von Arbeit abzutragen wegen der letzten juristischen Entscheidungen, aber er lässt mitteilen:

„Ihr werdet wegen der neuen Situation verstehen, warum mein Beitrag auch diesmal nur kurz sein kann.“

In seinem Beitrag, den ich nach diesen einleitenden Worten verlesen werde, verbindet er seinen eigenen Kampf gegen die Zivilgerichte, die ihn seit 20 Jahren in der Todeszelle festnageln, mit dem gegen die neue Weltkriegsordnung.

„Tot oder lebendig - Widerstand in der neuen Weltkriegsordnung“ ist das Thema der diesjährigen Rosa Luxemburg Konferenz.

Mumia Abu-Jamal befasst sich in diesem Zusammenhang mit der neuen Militärgerichtsbarkeit. Er tut dies auf dem Hintergrund einer jahrzehntelangen Erfahrung mit den Repressionsorganen der USA. Zuerst als Black Panther, dann als radikaler Radio- und Zeitungsjournalist und Bürgerrechtler und schließlich als unschuldig verurteilter Gefangener im Todestrakt.

Mumia kämpft also weiter und ungebrochen aus der Todeszelle.

Heute mit seinem Beitrag für diese Konferenz, der sich mit einem juristischen Aspekt der neuen Weltkriegsordnung befasst: der Fortsetzung des Krieges mit juristischen Mitteln.

Was eben auch bedeutet, mit Sondergesetzen und illegalen Mitteln, wie schon der sog. Internationale Gerichtshof in Den Haag zeigt, der den Krieg gegen Jugoslawien mit anderen Mitteln fortsetzt. Aber so, wie die USA für sich selber diesen Gerichtshof nicht anerkennen und zeigen, dass sie als imperialistische Weltmacht machen, was sie wollen, so wollen sie jetzt die Gefangenen aus Afghanistan - und künftig Somalia, Irak usw. - auf den US-Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba verschleppen und ihnen dort oder in anderen militärischen Sperrgebieten den kurzen Prozess machen - sogar gegen den Willen der afghanischen Übergangsregierung.

Das Besondere an diesen Tribunalen ist, dass sie die bisherige Praxis aller Militärgerichte, nämlich immer nur über die eigenen Offiziere und Mannschaften zu Gericht zu sitzen, verändern: Es geht bei den von der Bush-Regierung angestrebten Kriegsgerichten darum, den Gegner abzuurteilen. Und zwar nicht unter Kriegsgefangenenstatus, sondern indem die gegnerischen Angeklagten als „Kriminelle“ nach den Strafgesetzen der USA verurteilt werden.

Hören wir, was Mumia dazu zu sagen hat:

Mumias Beitrag

In der Nachlese des 11. September 2001 hat die Bush-Administration ihre Pläne bekanntgegeben, Militärtribunale einzurichten, mit



Personal auszustatten und ihre Gerichtsbarkeit in Vollzug zu setzen, um all jenen den Prozess machen zu können, die von der US-Regierung zu „Terroristen“ erklärt werden. Den Vorsitz bei diesen Kriegsgerichten und jedweder Art von Berufungsinstanzen werden Armeeeoffiziere führen. Höchststrichterliche Entscheidungen am Ende eines Verfahrens werden entweder der Verteidigungsminister oder der Präsident selber treffen.

Kein Zivilrichter der US-amerikanischen Bundesgerichtsebenen wird je auch nur mit einer Silbe eines Berufungsantrages von irgendeinem der künftigen Angeklagten solcher Tribunale befasst sein.

Die amerikanische Befindlichkeit ist derart von Raserei und die liberale Elite derart von Gleichgültigkeit erfasst und die Juristen haben sich derart unterwürfig vor den Machthabern in den Staub geworfen, dass nicht einmal ein Räuspern des Protests gegenüber diesem plumpen, nackten Griff nach der Macht durch die Bush-Administration zu hören war.

Es genügt nicht zu sagen, dass die Bildung solcher Gerichte den amerikanischen Grundsatz des „fairen Prozesses“ ins glatte Gegenteil verkehrt. Es reicht auch nicht, darauf hinzuweisen, dass die Anwendung des Kriegsrechts in Gerichtsverfahren völlig unangemessen ist, wenn es keine formale Kriegserklärung des Kongresses gibt (natürlich hätte der Kongress kein Problem damit, eine solche Erklärung abzugeben). Dieser Kongress, der unter dem Eindruck der Berichte über Anthrax-Kontamination in ein paar seiner Büros das große Zittern bekam, peitschte dieses „USA Patriot Act“ genannte Gesetz, das beispiellos, komplex und radikal in seinen repressiven Auswirkungen ist, in Rekordgeschwindigkeit durch - ohne nennenswerte Debatte, ohne öffentliche Anhörung und ohne Vorarbeit eines Ausschusses oder einer Konferenz zu diesem Thema.

Das Dekret des Präsidenten, mit dem die Bildung von Militärtribunalen angeordnet wird, stellt auf den ersten Blick einen Verstoß gegen die Verfassung dar. Tatsächlich setzt genau die Verfassungsbestimmung, die dem Präsidenten das Amt des Oberbefehlshabers der Streitkräfte zuweist, ihm auch Grenzen, was seine Entscheidungsbefugnis in juristischen Angelegenheiten betrifft. Hier ist der Wortlaut: (Art II, Abschnitt 2 der Verfassung der Vereinigten Staaten)

„Der Präsident ist Oberbefehlshaber über Armee und Marine der Vereinigten Staaten. ... Er erhält diese Befehlsgewalt nach Beratung und Zustimmung des Senats...; nach Beratung und Zustimmung durch den Senat ernannt er die Richter des Obersten Bundesgerichtes ...“

Und in Artikel III, Abschnitt 1 der Verfassung, heißt es: *„Die höchstrichterliche Gewalt der Vereinigten Staaten wird dem Obersten Bundesgericht verliehen. Die Einrichtung untergeordneter Gerichte wird von Zeit zu Zeit vom Kongress verfügt.“*

Da steht es: Der Präsident, der in Absprache mit dem Senat handelt, ernannt die Richter des Obersten Bundesgerichts, und der Kongress ordnet die Einrichtung neuer Gerichte an.

Der Kongress kann diese Aufgabe nicht an die Exekutive abtreten.

Mit dem Dekret des Präsidenten hingegen werden Gerichte gebildet, deren Beamte allesamt der direkten Kontrolle und dem Kommando des Präsidenten unterstehen. Das ist die klassische Form des ungesetzlichen Inquisitionsgerichts, das von den Amerikanern verurteilt wurde, als zum Beispiel das Fujimori-Regime es in Peru einrichtete - interessanterweise zum Kampf gegen den „Terrorismus“.

Damit soll jetzt hier kein falsches Lob auf die US-Zivilgerichte ausgesprochen werden, die auch von ihrem Wesen her politische Institutionen sind. Haben wir das Verfahren gegen den Oklahoma-Attentäter Tim McVeigh schon wieder vergessen, den inländischen Terroristen? Im späteren Verlauf des Verfahrens war bekannt geworden, dass das FBI bis wenige Tage vor McVeighs Hinrichtung mehrere tausend Seiten Akten und Dokumente zurückgehalten hatte. Die Zivilgerichte taten diesen Gesetzesverstoß als geringfügige Lapalie ab. Und während die Regierung mit der Hinrichtung McVeighs ihr Ziel klar erreicht hatte, waren ihr die Berichte über die Art und Weise, wie der Fall behandelt worden war, noch höchst peinlich. Damit ist heutzutage nicht mehr zu rechnen.

Unter der Bush-Regierung fungieren die Militärtribunale als Instrumente der politischen Laune der Administration. Im Rahmen der militärischen Kommandostruktur untersteht jeder Richter, jeder Geschworene, jeder Ankläger und jeder Beamte des Gerichts dem militärischen Eid und ist deshalb verpflichtet, seinem Oberbefehlshabers treu zu dienen. Wer Karriere in den Streitkräften machen will und sich Fürsprache seiner Dienstherren erhofft, muss den Anweisungen seiner Vorgesetzten folgen. Wie werden sich diese Leute wohl gegenüber einem ausländischen Angeklagten verhalten, der bereits zum „Feind“ abgestempelt wurde?

Wie sähe wohl das Ergebnis aus, wenn entweder Präsident Bush, der Verteidigungsminister oder eine andere Institution des Militärs als das Oberste Berufungsgericht zu fungieren hätte?

Aber die Beschuldigten sind ja nur - um einen populären Ausdruck zu benutzen - „Wüsten-Nigger“: Araber, Pakistani, ein paar Afghanen, warum also die ganze Aufregung?!

Ähnliche Argumente waren zu hören, als in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts russische Juden nach Unruhen aus den USA ausgewiesen wurden, oder in den 40er Jahren, als man Japaner in amerikanische Konzentrationslager sperrte. Sie waren halt alle „kommunistische Juden“ oder „Schlitzaugen“.

Das waren isolierte Ereignisse, so heißt es, betraf ja „andere“ - aber damit wurden ordentliche Gerichtsverfahren und der amerikanische Grundsatz des „Fair Play“ bis in die heutige Generation mit einem Makel behaftet.

Lasst uns diesen Wahnsinn bekämpfen, oder er wird uns alle heimsuchen.

Mumia Abu-Jamal,

SCI Greene, Todestrakt, 29. Dezember 2001

Übersetzung: Jürgen Heiser

Der neue § 129b

Entstehung, Inhalt und praktische Bedeutung für politisch Aktive

In diesem Text geht es um den § 129b, der ab 1.1.02 neu in das Strafgesetzbuch (StGB) eingefügt ist und die Gründung, Mitgliedschaft, das Unterstützen oder Werben für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung die nur im Ausland besteht, in der BRD unter Strafe stellt. Die neue Vorschrift besteht nur aus einem einzigen Satz: „Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland“. § 129 handelt von kriminellen und § 129a von terroristischen Vereinigungen.

Es wird kurz auf den aktuellen Hintergrund eingegangen (1.) und etwas zur Geschichte ähnlicher Vorschriften im politischen Strafrecht in Deutschland berichtet (2.). Ausführlicher werden dann Erfahrungen mit den seit langem bestehenden Paragraphen 129a und 129 StGB analysiert (3.) und die neue Vorschrift und ihre möglichen Auswirkungen beschrieben (4.).

Ein Gesetzesprojekt in Zeiten des Terrorismus

Die Terroranschläge in den USA waren nicht die Ursache, sondern nur der Anlass für diese Gesetzesänderung. Ein entsprechender Vor-Entwurf lag bereits seit 1999 beim Bundesjustizministerium vor, die Initiative stammt aus dem Jahre 1998 vom Rat der Innen- und Justizminister der EU, der in seinem Bereich für alle Mitgliedsländer eine entsprechende Gesetzesnorm schaffen will. Das die Bundesregierung bereits neun Tage nach dem 11. September den Gesetzentwurf mit dem Hinweis „eilbedürftige Vorlage“ bei den Gesetzgebungsorganen eingereicht hat, zeigt nur das Ausnutzen der Anti-Terrorismus-Stimmung.

Dies gilt auch für die zahlreichen praktischen Maßnahmen, Gesetzespakete und politischen Diskussionen, die von der Rasterfahndung über Verschärfungen des Ausländerrecht, erhebliche finanziellen Aufstockungen der Etats der Sicherheitsorgane bis zum geforderten Binneneinsatz der Bundeswehr und mehr reichen.

Bei diesen Anti-Terror-Maßnahmen, die es ähnlich auch in anderen Ländern gibt, zeigen sich folgende Tendenzen:

Unter der sachlich falschen Losung, für Sicherheit zu sorgen, werden Verfassungsrechte eingeschränkt. Die jetzt erfolgten Gesetzesverschärfungen und Ausweitungen der Rechte von Polizei und Nachrichtendiensten sollen auf unbestimmte Dauer der Normalzustand werden. Rechtsstaatliche Grundprinzipien wie das Datenschutzgrundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und

die Trennungspflicht der Arbeit von Polizei und Geheimdiensten werden stark eingeschränkt oder faktisch aufgehoben.

Modernste wissenschaftlich-technische Möglichkeiten wie Datenabgleich, satellitengestützte Fahndung, molekulargenetische Zuordnung von Körperzellen, computer- und videogestützte Überwachung von Orten und Kommunikationsmitteln oder biometrische Daten auf Ausweisen werden nutzbar gemacht.

Sicherheitsdoktrin und Terrorismushysterie sollen ein gesellschaftliches Klima für Ängstlichkeit, Zustimmung zu Steuererhöhungen für die „Sicherheit“, Verzicht bei politischem Engagement oder Tarifforderungen, bis zu Rassismus gegenüber Menschen mit anderem Pass und anderer Religion schaffen.

Der §129b ist in dieser Gesamtstrategie nur ein - nicht unwesentlicher, aber auch nicht im Zentrum stehender - Teil.

§§129, 129a und Vorläufer in der Geschichte politischer Justiz in Deutschland

Eine Strafvorschrift mit der Zielrichtung wie der jetzige §129b hat es im politischen Strafrecht in Deutschland noch nicht gegeben.

180 Jahre alt sind aber die auch mit dem Mittel des Strafrechts betriebenen Verbote, Kriminalisierungen und politischen Prozesse gegen Systemoppositionelle.

1822 wurden erstmals Vereinigungen wegen „revolutionärer Umtriebe und demagogischer Verbindungen“ verboten und ihre Mitglieder verfolgt. Ähnliches gab es rund um die bürgerliche Revolution von 1848, die eine demokratische Republik zum Ziel hatte.

1871 schafft das Reichsstrafgesetzbuch erstmals mit dem §128 das „Verbot von Geheimgesellschaften“ und mit dem §129 eine Vorschrift gegen staatsfeindliche Vereinigungen. Stütze der politischen Verfolgung im Kaiserdeutschland ist das „Sozialistengesetz“ von 1878 bis 1890, das der Bekämpfung und Illegalisierung der damals revolutionären Sozialdemokratie dient. Schon der Versuch, die Organisation der SPD aufrechtzuerhalten, war nach §129 strafbar.

In der Weimarer Republik wurde die staatliche Verfassung mit als Schutzgut in den §129 aufgenommen. Grundlage der Verfolgung gegen Kommunisten und andere Linke waren auch das Republikschutzgesetz und eine ausufernde Rechtsprechung, die sehr weitgehend Aktivitäten von politischen Aktionen bis zum Verkauf sozialistischer Lite-

ratur als „Vorbereitung zum Hochverrat“ kriminalisierte.

In den 50er und bis Mitte der 60er Jahren spielte der §129 - jetzt erstmals unter der Gesetzesüberschrift „kriminelle Vereinigung“ - als Auffangtatbestand eine wichtige Rolle im Rahmen der Kommunistenverfolgung besonders nach dem KPD-Verbot 1956. 1951 wurde - neben der Mitgliedschaft - das Unterstützen einer „kriminellen politischen Vereinigung“ unter Strafe gestellt, 1964 auch das Werben dafür.

Dass es in Deutschland auch ohne einen §129b eine Kriminalisierung von internationaler Solidarität gegeben hat, mögen noch drei Beispiele verdeutlichen:

1872 verurteilte das Reichsgericht die SPD-Führer August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu Festungshaft, weil sie den Krieg gegen Frankreich verurteilt und öffentlich im Parlament zur Solidarität mit der Pariser Kommune aufgerufen hatten.

1904 standen neun Sozialdemokraten vor Gericht in Königsberg. Ihre Tat: Sie hatten in Deutschland gedruckte russischsprachige Zeitungen, Flugblätter und Broschüren illegal ins benachbarte Russland gebracht, um im Kampf gegen das Zarenregime zu helfen.

1925 verurteilte der Staatsgerichtshof einen Schauspieler zu einer Haftstrafe, weil er eine Gedenkfeier zum 7. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution künstlerisch gestaltet und dort Gedichte vorgetragen hatte.

Erfahrungen mit den §§129a, 129 von 1976 bis heute

Der §129 spielte in den 70er Jahren noch eine untergeordnete Rolle bei der Bekämpfung der RAF, bis 1976 mit dem §129a eine neue und die heute wichtigste Norm des politischen Strafrechts geschaffen wurde. Der §129a wurde 1987 noch einmal erweitert und hat seither die gültige Fassung.

Die Erfahrungen mit dem §129a - besonders in den letzten 10 Jahren - sollen jetzt näher analysiert werden. Der Grund ist die Annahme, dass der neue §129b nicht nur auf §129a im Text verweist, sondern auch die zukünftige Praxis von Polizei und Justiz sich an der älteren Vorschrift orientieren wird.

Die folgenden Fragen werden nach dem Gesetzeswortlaut, der Auslegung durch die Strafrechtswissenschaft und Gerichtsurteilen beantwortet. Widergespiegelt wird also nicht eine Kritik am §129a, sondern die Praxis, die er möglich macht.

Was wird nach §129a bestraft?

Die Gründung, Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft, das Unterstützen oder Werben für eine terroristische Vereinigung.

Juristisch bedeutet das: Gründung ist die Neubildung einer Vereinigung, Rädelsführerschaft ist eine Führungsrolle in einer solchen Gruppe. Mitgliedschaft muss auf eine bestimmte Dauer gerichtet sein, von der Organisation auch gewollt werden und sich in einer Form von Aktivität ausdrücken. Unterstützen soll vorliegen, wenn eine Handlung für die Vereinigung irgendwie vorteil-

haft ist und die Mitglieder im Zusammenwirken bestärkt. Als Werben wird eine offene oder verdeckte Propagandatätigkeit verstanden.

Was ist nach §129a eine terroristische Vereinigung?

Eine Vereinigung ist nach der Rechtsprechung ein auf eine gewisse Dauer angelegter Zusammenschluss von mindestens drei Personen. Zweck oder Tätigkeit dieser Vereinigung muss auf die Begehung einer der folgenden Straftaten gerichtet sein:

- Mord, Totschlag oder Völkermord.
- Erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme.
- Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel öffentlicher Versorgungsbetriebe sowie von Polizei- und Bundeswehrfahrzeugen.
- Schwere Brandstiftung, Herbeiführung von Atomexplosionen oder Sprengstoffanschläge, Missbrauch ionisierender Strahlen.
- Herbeiführung einer Überschwemmung, gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr.
- Störung öffentlicher Betriebe.
- Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr / Flugzeugentführungen.

Welches Sonderrechtssystem wurde mit dem §129a geschaffen?

Nach den gesetzlichen Bestimmungen liegt die staatsanwaltschaftliche Zuständigkeit ausschließlich beim Generalbundesanwalt, Ermittlungsorgan ist das Bundeskriminalamt, und gerichtlich sind die Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte zuständig.

Nach der Strafprozessordnung besteht bei Ermittlungen nach §129a die Möglichkeit zu großflächiger Telefonüberwachung, zu Großrazzien in Wohnblocks, zur Errichtung von Kontrollstellen im Straßenverkehr und auf öffentlichen Plätzen mit der Möglichkeit zur Identitätsfeststellung und Durchsuchung auch bei Unverdächtigten sowie zur Anordnung der sog. Schleppnetzfehndung mit der Möglichkeit zur Massenspeicherung von Daten und zur Rasterfehndung.

Bei Vorliegen eines dringenden Tatverdachts wegen §129a darf die Untersuchungshaft verhängt werden, auch wenn ein Haftgrund wie Fluchtgefahr gar nicht vorliegt. Für Untersuchungs- und Strafhaft gelten Sonderbedingungen wie die richterliche Kontrolle der Verteidigerpost, eine Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen oder Isolationshaft.

Welchen Umfang hatten die Ermittlungen nach §129a?

Seit 1976 wurde gegen mehrere tausend Personen ermittelt. Exakte Zahlen gibt es für 1990 bis 1999. In dieser Zeit liefen Verfahren gegen 1362 Menschen (teilweise mehrfach).

In einer großen Anzahl der Verfahren erfolgten die Ermittlungen „nur“ wegen Unterstützung oder Werben.

In den 90er Jahren standen der Anzahl von 1362 Personen, gegen die ermittelt wurde, 38 Verurteilte gegenüber.

Das Verhältnis von später eingestelltem Ermittlungsverfahren zur Verurteilung wegen §129a lag also bei 97 zu 3 Prozent. (Zum Vergleich: Üblich ist eine „Anklagequote“ von rund 45 Prozent.) Eine etwas höhere Quote ergibt sich bei der Verhängung von Untersuchungshaft. Nach Zahlen der Bundesregierung aus einer Parlamentsanfrage ergeben sich bei 428 Personen gegen die von 1996 bis 2000 ermittelt wurde, 35 Fälle von U-Haft. Ohne Haft blieben also rund 90 Prozent der Beschuldigten.

Dieselbe Parlamentsanfrage belegt, dass alle Verfahren mit Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungsmaßnahmen verbunden waren, in sehr geringem Umfang sind Kronzeugen aufgetreten.

Der §129a als Ausforschungsparagraf

Diese kleinen statistischen Angaben stützen die These vom §129a als Ausforschungsparagrafen, als „Sesam-öffne-dich“ für den Staatsschutz.

Rolf Gössner hat dies in einer kritischen Analyse so zusammengefasst: „Für die Ermittler ist es ... weniger entscheidend, ob das jeweilige Verfahren überhaupt gerichtlich eröffnet wird und dann auch mit einer Verurteilung endet; von wesentlich größerer Bedeutung ist für sie das Ermitteln selbst.“

Mit dem über §129a als Kristallisationskern aktivierten, komplexen Sonderrechtssystem verfügen sie über ein praktikableres Instrumentarium, um in die anvisierten, schwer erfassbaren Szenen einzubrechen, über den Einzelfall hinaus Kommunikationsstrukturen knacken, Daten erheben und Soziogramme des Widerstands erstellen zu können, die nicht nur repressiv, sondern vor allem präventiv und operativ genutzt werden können. Verunsicherung der Szene, Entsolidarisierung und Abschreckung sind zwangsläufige Folgeerscheinungen dieser Kriminalisierungsstrategie per 129a-Sonderrecht“.

Praktische Erfahrungen mit den Folgen solche Ermittlungsverfahren zeigen:

- Durchsuchungen führen zur mitunter langfristigen Wegnahme von Unterlagen, Disketten, Verzeichnissen, kleinen Archiven etc., behindern die politische Arbeit und bieten weitere personenbezogene Ermittlungsansätze.
- Observationen - verdeckt oder gewollt offen - ermöglichen Bewegungsbilder und Kontaktpprofile.
- Kommunikationsüberwachung (nicht nur des Telefons und auch bei Unbeteiligten z.B. Eltern oder in politischen Zentren) ermöglicht einen tiefen Einblick in Zusammenhänge.
- Politische Arbeit wird behindert oder unmöglich gemacht durch Verunsicherung, ein erzwungenes stärkeres Gewicht auf Antirepressionsarbeit oder die mediengestützte Diffamierung als „Terroristen“.

Erfahrungen mit dem §129

In der untersuchten Zeit hat es auch Ermittlungsverfahren wegen §129 („kriminelle Vereinigung“) gegeben. Sie richteten sich etwa gegen die Göttinger Antifa (m), die Passauer Antifa oder Gruppen aus der Anti-Castor-Bewegung. Zahlenmäßig sind diese Verfahren aber bedeutend geringer. Die praktischen Erfahrungen und Schlussfolgerungen sind denen des §129a vergleichbar.

Der neue §129b

Absolut zutreffende Aussagen zu den tatsächlichen Auswirkungen des §129b werden erst mit einigem zeitlichen Abstand nach seinem Inkrafttreten getroffen werden können. Wichtig ist jetzt, ein realistisches Bild zu vermitteln. Ich unterscheide deshalb im weiteren Text nach sicheren Angaben, einer Prognose (und worauf sie beruht) und ersten Einschätzungen zu Einzelfragen.

In Medien und im Internet finden sich teilweise recht „reißerisch“ aufgemachte Beiträge. Wer Szenarien entwirft wie: Jemand geht mit einer Che-Fahne auf eine Demo und wird wegen 129b verhaftet, schreibt Unsinn und erzeugt Unsicherheit.

Die weitere Entwicklung hängt auch von Dingen ab wie:

- dem Protest gegen diese und andere Vorschriften aus den Anti-Terror-Paketen;
- der Solidarität im Einzelfall;
- der gerichtlichen Rechtsprechung; der Schwerpunktsetzung in den Staatsschutzapparaten oder den außenpolitischen Belangen der BRD.

Welche sicheren Aussagen können getroffen werden?

Von Ermittlungsverfahren wegen §129b betroffen sein, können alle Personen über 14 Jahren (dann beginnt die Strafmündigkeit), die in der BRD leben. Dabei ist es egal, ob mit deutschem Pass, EU-Ausländer, politischer Flüchtling, Migrant mit legalem Aufenthaltsstatus oder hier illegal lebend.

Der Begriff Ausland im Gesetzestext ist ohne Begrenzung zu verstehen, es können also Vereinigung aus jedem anderen Land oder Kontinent gemeint sein. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut des Paragraphen. Eine ursprünglich geplante Beschränkung auf den EU-Raum ist nach den Gesetzgebungsmaterialien wegen der Anschläge in den USA nicht mehr erfolgt.

Für neue Ermittlungsverfahren besteht ein Rückwirkungsverbot. Irgendwelche Handlungen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sind, können nicht die Begründung für ein Strafverfahren bilden.

Prognose für die Praxis des §129b

Der Paragraph ist zwar neu, er wird aber keine neue Praxis schaffen, sondern den Erfahrungen mit dem §129a entsprechen. Schon von seinem kurzen Wortlaut her ist §129b gar nicht eigenständig in der Lage, eine Strafe zu begründen, es muss immer mit auf §129a, seltener auf §129, verwiesen werden.

Die Zielrichtung besteht darin, in der BRD erfolgende Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für als terroristisch angesehene Organisationen außerhalb des Landes zu kriminalisieren. Das ist der einzige Regelungszweck des §129b. Ansonsten bleibt es von der Definition, was eine solche Vereinigung ist, bis zum Ermittlungsapparat alles beim Alten. Aus dieser Prognose ergeben sich - ohne über die Anzahl neuer Verfahren zu spekulieren - folgende Konsequenzen:

Im Mittelpunkt steht die Ausforschung politischer Gruppen und Milieus. Rund 95 Prozent der Verfahren enden ohne Verurteilung, über 90 Prozent ohne Untersuchungshaft. Schwerpunkt der Verfahren sind die Vorwürfe Unterstützen oder Werben. Ermittlungsorgane sind die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt.

Einschätzungen zu Einzelfragen des §129b

Abschließend sollen noch einige Fragen erörtert werden, auch wenn auf sie (noch) nicht eine endgültige Antwort gegeben werden kann.

Generell gilt: Internationale politische Solidaritätsarbeit war und bleibt wichtig, der weltweite Kampf für Menschenrechte und Gerechtigkeit, gegen Diktaturen und Unterdrückung ist legitim und lässt sich nicht verbieten.

Fidel und Che, Mandela, Arafat und Öcalan, Sandinisten und Zapatisten sind vor der Geschichte keine Terroristen - auch wenn die Regierungen, gegen die sich ihr teilweise auch militanter Kampf richtete, dies behaupteten. Zu raten ist also ein sowohl selbstbewusstes als auch sicheres Umgehen mit dem §129b.

Welche Vereinigungen sind betroffen?

Diese Frage ist nicht zu beantworten. Möglicherweise geht es zunächst gegen islamistische Strukturen, gemeint sind aber linke Vereinigungen, deren Landsleute im politischen Exil und deutsche Solidaritätsbewegungen. Albanische UCK-Terroristen und andere, die im Einklang mit der deutschen Außenpolitik stehen, werden nichts zu fürchten haben. Das Aufstellen von Listen kann man aber dem amerikanischen Außenministerium und den deutschen Verfassungsschutzberichten überlassen.

Unterstützen und Werben

Einige Gerichtsentscheidungen was nicht kriminalisiert, sondern als legales Verhalten gewertet wird (natürlich kommt es immer auf den Einzelfall an): Sympatiawerbung durch Parolensprühen, Herausgabe einer Dokumentation von Beiträgen der Organisation, Besitz von zur Werbung geeignetem Material, bloßer Hinweis auf die Organisation auf einem Plakat, bloßer Besitz von Broschüren.

Zu beachten ist auch, dass viele Solidaritätsaktionen wie Kundgebungen, Artikel oder Internetseiten in der BRD geschützte Grundrechtswahrnehmungen sind.

Spendengelder

Die Unterbindung der „finanziellen Strukturen des Terrorismus“ hat in der aktuellen Diskussion eine beachtliche Rolle gespielt. Solidaritätsspenden stehen dabei – auch von den Beträgen her – sicher nicht im Vordergrund. Lockerung des Bankgeheimnisses und verstärkte Meldepflichten der Banken ermöglichen aber ebenso wie die Beschlagnahme von Geld bei einer Wohnungsdurchsuchung oder die Kontrolle des internationalen Zahlungsverkehrs einen staatlichen Zugriff. Die gerichtliche Rückgabe des Geldes durchzusetzen, kann schwierig sein, weil seine Herkunft offengelegt werden muss.

Ausländerrechtliche Konsequenzen

sind auf verschiedenen Ebenen geplant, ohne auf den §129b Bezug zu nehmen. Dies geht von Einreiseverboten mittels Visaverweigerung bei „Extremismusverdacht“ bis zur Abschiebungsandrohung ohne rechtskräftiges Urteil bei „schweren Straftaten“.

Internationale Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten

Für EU-Europa (woher die Initiative für den §129b ja gekommen ist) gehört zu dem eigenen Anti-Terror-Paket auch die Schaffung einer Terrorabteilung bei EUROPOL und eines europäischen Haftbefehls, einer erleichterten Auslieferungspraxis und eine verstärkten Kooperation gegen terroristische Bestrebungen. Ein verstärkter Informations- und Datenaustausch von Deutschland mit Sicherheitsorganen außereuropäischer Länder ist zu erwarten – unabhängig von deren rechtsstaatlicher Grundlage.

Stand: 19.11.2001 / Der §129b trat am 1.1.2002 in Kraft

Heinz-Jürgen Schneider

Der Autor ist Rechtsanwalt in Hamburg.

Verwendete Literatur

J. Gräßle-Münsche, Kriminelle Vereinigung, Hamburg 1991
R. Gössner, Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991
M. Holzberger, §129b-Steilvorlage aus Europa, CILIP 2/2000
U. Jelpke, Freiheit verteidigen, Aktuelle Thesen, Manuskript 8.10.2001
H.J.Schneider, Innere Sicherheit am Beginn des 21. Jahrhunderts, Marx. Blätter 3/2000
Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, 26. Aufl. München 2001
Bundestags-Drucksache 14/00 (PDS-Antrag auf Abschaffung des §129a)
Bundesrats-Drucksache 725/01 (Gesetzentwurf der Bundesregierung zum §129b)
Bundestags-Drucksache 14/2860 (PDS- Anfrage zur Praxis des §129a)
EU-Kommission, Vorschlag zum Rahmenbeschluss des Rates zur Terrorismusbekämpfung vom 19.9.2001
Mehr zur Kritik der Inneren Sicherheit:
www.tribunal-online.de

Der Artikel erschien zuerst in Geheim, 4/2001. Ein Probeheft von Geheim kann über den GNN-Verlag Hamburg bezogen werden.

30 Jahre Berufsverbot

Betroffene fordern Rehabilitation und warnen vor neuerlichem Demokratieverfall

Vor 30 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten „Radikalenerlass“: Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Mithilfe der „Regelanfrage“ wurden etwa 3,5 Millionen Bewerber und Anwärter vom Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Formell richtete sich der Erlass gegen „Links-



und Rechtsextremisten“, in der Praxis traf er vor allem Linke: Mitglieder der nicht verbotenen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer linker Gruppierungen, von Friedensorganisationen bis hin zu SPD-nahen Studentenorganisationen. Mit dem verfassungsfremden Kampfbegriff der Verfassungsfremde wurden missliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft.

Der Radikalenerlass führte zum Berufsverbot für Tausende von Lehrern, Lehramtsbewerbern, Sozialarbeitern, Briefträgern, Lokführern und Juristen. Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche „Radikale“ das politische Klima. Der Radikalenerlass führte zur Einschüchterung nicht nur der aktiven Linken. Die existentielle Bedrohung durch die Verweigerung des erlernten oder bereits ausgeübten Berufes diente der Unterdrückung und Einschüchterung von außerparlamentarischen Bewegungen insgesamt. Statt Zivilcourage wurde Duckmäusertum gefördert.

Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten „Irrtum“ und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab. Einige der früher abgewiesenen oder entlassenen Anwärter oder Beamten wurde – meist

als Angestellte – übernommen. Viele mussten sich, nach zermürbenden und jahrelangen Prozessen, beruflich anderweitig orientieren. Ein öffentliches Eingeständnis, dass der Radikalenerlass Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt hatte, unterblieb. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitation der Betroffenen fand nicht statt.

Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus. Sie wäre heute dringlicher denn je. Die derzeit geschnürten „Sicherheitspakete“ beinhalten die Gefahr, dass erneut unter einem Vorwand – dieses Mal der Bekämpfung des Terrorismus – wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt werden. Erneut können kritische Personen und Bewegungen ausgegrenzt und an den Rand der Legalität gedrängt werden.

Der Radikalenerlass und die ihn stützende

Rechtsprechung bleiben juristisches, politisches und menschliches Unrecht. Wir, Betroffene des Radikalenerlasses der 70er und 80er Jahre, fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitation. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der Verfassungsschutzakten, wir verlangen

die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

Januar 2002

Hans-Henning Adler (Oldenburg) - Eckhard Althaus (Dortmund) - Sigrid Altherr-König (Esslingen) - Christa Aspöck (Oberstenweiler) - Mario Berger (Gießen) - Cornelia Booss-Ziegling (Hannover) - Anton Brenner (Tübingen) - Hans-Peter Brenner (Bonn) - Ulli Farin (Bramsche) - Sabine Fischer-Hampel (Stuttgart) - Thomas Eilers (Wiesbaden) - Gerlinde Fronemann (Karlsruhe) - Reinhard Gebhardt (Mannheim) - Silvia Gingold (Melsungen) - Berthold Gogergens (Frankfurt) - Gesa Groeneveld (Tübingen) - Dr. Wolf-Dieter Gudopp (Frankfurt) - Rolf Günther (Hannover) - Hendrik Guzzoni (Freiburg) - Anke Hausmann (Nienburg) - Uwe Hüttmann (Kalkar) - Anne Kahn (Frankfurt) - Gisela Kehr-Bleicher (Tübingen) - Alies Klöver (Westoverledingen) - Uwe Köpman (Düsseldorf) - Dietmar Koschmieder (Berlin) - Joachim Kroll (Zernien) - Dieter Lachenmayer (Stuttgart) - Heinz-Udo Lammers (Moormerland) - Dagmar Lembeck (Garbsen) - Helmut Leonhardt (Winkelhaid/Nürnberg) - Lothar Letsche (Weinstadt/Tübingen) - Ewald Leppin (Hamburg) - Klaus Lipps (Baden-Baden) - Ulrike Marks (Varel) - Klaus Mausner (Stuttgart) - Volker Metzroth (Fürfeld) - Karin Neuber (Ettlingen) - Udo Paulus (Hildesheim) - Eva Petermann-Graubner (Bensheim) - Uwe Post (Hamburg) - Günter Rausch (Freiburg) - Hartmut Ring (Hamburg) - Dieter Roth (Heidelberg) - Imelin Schachtschneider (Oldenburg) - Matthias Schachtschneider (Oldenburg) - Uwe Scheer (Hamburg) - Rolf Schön (Hannover) - Siegfried Schreiber (Vaihingen) - N. Ulgar Sembritzki (Neustadt/Rbg.) - Werner Siebler (Freiburg) - Heinz Siebold (Freiburg) - Dr. Gabriele Sprigath (München) - Ulli Thiel (Karlsruhe) - Dorothea Vogt (Jever) - Angelika Wagner (Frankfurt) - Angelika Wahl (Frankfurt) - Gerd Wernthaler (Lörrach) - Matthias Wietzer (Hannover) - Martin Zeis (Stuttgart)

4 Monate Gefängnis wg. Verstoß gegen die Residenzpflicht

Der armenische Asylbewerber Arthur V. musste am Donnerstag, den 17.1.02, eine viermonatige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Waldeck in Mecklenburg-Vorpommern antreten. Er wurde wegen Verstoßes gegen §85 des Asylverfahrensgesetzes, der sogenannten Residenzpflicht, dazu verurteilt. In diesem Paragraphen ist geregelt, dass Asylbewerber sich nur in dem Landkreis aufhalten dürfen, dem sie von der Ausländerbehörde zugeteilt werden. In begründeten Fällen dürfen sie einen Antrag auf Ausreise stellen. Ob dem zugestimmt wird, liegt im Ermessen der zuständigen Behörde.

Im November '99 beantragte V. die Genehmigung, den Landkreis Mecklenburg-Strelitz für eine Woche verlassen zu dürfen, da er Freunde in der Nähe von Stuttgart besuchen wollte. Ihm wurde sogar eine Reiseerlaubnis erteilt - für drei Tage. Unfassbar für Arthur V., der außer gesunden Beinen auch einen gesunden Menschenverstand besitzt: „Es ist doch gar nicht zu schaffen, in drei Tagen von Friedland nach Stuttgart und wieder zurück zu kommen, schließlich liegen die beiden Orte Hunderte von Kilometern auseinander.“ Wirklich in drei Tagen nicht zu schaffen. Jedenfalls nicht für einen Asylbewerber, der keinen Mercedes der S-Klasse vor der Tür stehen hat oder mal eben ein ICE-Ticket buchen kann. Selbst dann wäre er mehr mit Reisen als mit Besuchen beschäftigt gewesen. V. setzte sich

über die Anordnung hinweg und fuhr an einem Wochenende mit einem Billigticket in die Neckarmetropole und an dem nächsten wieder zurück. Auf dem Rückweg geriet er prompt in eine Personenkontrolle.

V. gilt als „Wiederholungstäter“. Mehrfach hat er sich das Recht der Bewegungsfreiheit „herausgenommen“, ohne vorher das Amt um Erlaubnis zu fragen. Leider wurde er insgesamt sechs Mal dabei erwischt und anschließend angeklagt. Vor Gericht ließ er keinen Zweifel daran, dass er diese Aufenthaltsbeschränkung für „völlig unsinnig“ hält. Nachdem er fünf Mal zu Geldstrafen verurteilt worden war, stufte der Richter ihn schließlich als hoffnungslosen Fall ein und brummte ihm die Haftstrafe auf. V. ist vermutlich der erste Asylbewerber in der BRD, der wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht im Knast landet. Und ausgerechnet das rot-rote Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Bundesland, das einen Flüchtling deswegen einsperrt.

Der PDS-Landtagsabgeordnete Monty

Schädel reichte bei Justizminister Erwin Sellering (SPD) ein Gnadengesuch ein, um den Armenier vor dem Kerker zu bewahren. „Mit der Bildung der Koalitionsregierung haben die SPD und die PDS vereinbart, dass die Landesregierung sich darum bemüht, dass eine ‚Atmosphäre‘ geschaffen wird, ‚die Immigranten, Flüchtlinge und andere Ausländer als gleichwertige und gleichgeachtete Persönlichkeiten anerkennt‘“, erinnerte der PDS-Abgeordnete den Minister und fordert diesen auf, das Gnadengesuch positiv bescheiden. Damit Meckpomm „nicht in den Ruf gerät, mit Asylbewerbern besonders restriktiv zu verfahren.“ Bisher hat Sellering sich dazu nicht geäußert.

Diese eklatante Menschenrechtsverletzung kam zustande unter Beteiligung der Partei des Demokratischen Sozialismus. Einer Partei, deren Führungsclique vor lauter Asche auf dem Haupt den Grauschleier für ein sozialistisches Erbe hält und sich bei den Herrschenden für diese historische Verfehlung nicht tief genug verbeugen kann, reuig um Vergebung winselnd. Doch trotz aller Kniefälle scheint es der PDS möglich zu sein, noch tiefer zu sinken. Für Monty Schädel gibt es dafür nur eine einzige Erklärung: „Das oberste Kriterium für PDS-Politik ist die Regierungsbeteiligung. Doch der Einfluss der PDS in den Parlamenten ist so gering, dass



Bundeswehr im rechtsfreien Raum

77 Tage Arrest für Totalverweigerer

Der 19-jährige Berliner Totalverweigerer Malik S. ist heute (3.1.) erneut für 21 Tage in Arrest genommen worden. Malik S. wurde zum 1. November 2001 in die 8. Kompanie des Sanitätsregiments 6 einberufen. Er hat sich am 3. November bei „seiner“ Einheit in Breitenburg bei Itzehoe gemeldet und seither alle Befehle konsequent verweigert. Bisher wurden gegen ihn drei Disziplinararreste mit einer Gesamtdauer von 56 Tagen vollstreckt. Das militäreigene Truppendienstgericht Nord hat einen entsprechenden Antrag des Regimentskommandeurs, Oberfeldarzt Hohmann, zugestimmt.

Die Bundeswehr weicht hier deutlich von der üblichen Praxis ab, einen über 63 Tage andauernden Arrest zu verhängen. Mit dieser vierten Arrestierung wird er 77 Tage in einer Zelle von einer Größe von 6 qm weggesperrt gewesen sein. Malik S. hat einmal

täglich in Begleitung von Wachsoldaten Ausgang. Lediglich eine Stunde Besuchszeit wird ihm gestattet. Die Bundeswehr versucht mit diesen übermäßigen und rechtsbeugenden Mitteln, dem Willen des Kriegsdienstverweigerers zu brechen. Zusätzlich stellt die Bundeswehr Strafanzeigen, in Maliks Fall wegen Gehorsamsverweigerung. Eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren kann in diesem Fall ausgesprochen werden.

Malik S. ist Pazifist. Er lehnt aus Gewissensgründen grundsätzlich jeden Kriegsdienst ab. Da der Zivildienst fester Bestandteil der zivil-militärischen Kriegsplanung ist, bietet die staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer für ihn keine Alternative. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer können nach Verkündung des Verteidigungsfalles für unbegrenzte Zeit zu kriegsunterstützenden Einsätzen einberufen werden. Der Zivildienst ist ein waffenloser Kriegsdienst, den Malik konsequenterweise ebenfalls verweigern muss.

Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen darf eine Arrestierung allerdings keine Strafcharakter annehmen. Ar-

restierung soll die „Bereitschaft“ fördern, die „soldatische Pflicht zu erfüllen“. Da die bisherigen 56 Tage Arrest weder die Gewissensentscheidung noch den Willen Maliks gebrochen haben, werden die weiteren 21 Tage Arrest ihn nicht dazu bringen, sich dem Militär unterzuordnen. Diese erneute Arrestierung ist ungesetzlich, weil sie ausschließlich einen Strafcharakter hat.

Wir fordern die sofortige Entlassung von Malik S. aus dem Arrest. Die brachiale Durchsetzung des totalen Machtanspruchs gegenüber konsequenten Kriegsdienstverweigerern mittels Arrestierung ist rechtswidrig. Dieses Mittel ist bei totalen Kriegsdienstverweigerern völlig untauglich, da ihre Entscheidung nicht zu brechen ist.

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Presseinfo 1, 3.1.2002

Malik freut sich über Post:

Malik Sharif
Bei der Wache, 8. Sanitätsregiment,
Freiherr-von-Fritsch-Kaserne
Birkenweg 10,
25524 Breitenburg



Cornelius Yufanyi, Mitglied der Menschenrechtsorganisation The VOICE Africa Forum in Jena, war einer der Hauptorganisatoren des Flüchtlingskongresses „Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung“, der vom 20. April bis zum 1. Mai 2000 in Jena durchge-

führt wurde. Nach der Teilnahme am Kongress wurde er wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht zu 600 DM verurteilt, erklärte aber, davon keinen Pfennig zu zahlen. Ein erster Prozess am 12. Oktober 2000 wurde auf zunächst unbekannte Zeit verschoben. Das Gericht bot später an, das Verfahren wegen geringer Schuld einzustellen, wenn Cornelius seine Anwaltskosten trage. Er lehnte ab, weil er seinen Freispruch fordert. Der für den 17.1.2002 angesetzte Termin wurde jetzt kurzfristig verschoben. The VOICE Afrika Forum ruft auf, die Proteste gegen das Verfahren fortzusetzen und Protestfaxe zu schicken.

Gerichtsadresse:

Amtsgericht Worbis, Ohmbergstr. 48, 37339 Worbis, Tel. (03 60 74) 76 20, Fax: (03 60 74) 7 62 10, Aktenzeichen 403 Js 51861/00 (1 Cs)

Ausländerbehörde:

Landsratsamt, Ausländerbehörde Eichsfeld, Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt, Tel. (0 36 06) 650-138, Fax (0 36 06) 650-283

wir nicht einmal einzelne Personen schützen können. Deshalb brauchen wir keine Regierungsbeteiligung, sondern eine starke sozialistische Opposition, um die herrschenden Verhältnisse zu verändern.“ Monty Schädel steht zwar mit seiner Meinung nicht alleine da, aber die „demokratischen Sozialisten“ sind längst in dieser Gesellschaft angekommen: Gnadenlos wird jeder kaltgestellt, der unbequem ist und mit seinen Ansichten nicht hinter dem Berg hält. Auch Monty Schädel wurde abserviert und bekam nicht einmal ein Frühstück dafür. Nach dreieinhalb Jahren Parlamentsarbeit in den Bereichen Rechtsradikalismus und Flüchtlingsarbeit bekam der widerständige Genosse bei der Wahlkandidatenaufstellung den Listenplatz 28 zugewiesen. „Das bei jetzt 20 Abgeordneten“, schüttelt Schädel fassungslos den Kopf. „Aber es geht nicht nur mir so, sondern auch anderen Genossinnen und Genossen, und diese Tendenz zeichnet sich auch in anderen Landesverbänden ab.“

Antirassistische Gruppen organisierten eine Protestkundgebung vor dem Eingang des Knastes, um Arthur zu verabschieden. Daran nahm auch Monty Schädel teil. Wer seine Solidarität schriftlich bekunden will, kann das unter folgender Adresse tun: Arthur Vardanian, JVA Waldeck, Ortsteil Waldeck, 18 196 Dummerdorf.

Birgit Gärtner

Schilys Kampf gegen Frieden und Menschenrechte

Schmutziges Geschäft

Nicht erst seit dem 11. September 2001 erweist sich Bundesinnenminister Schily als uneingeschränkter Freund des türkischen Regimes. So hatte er bereits vorher seine europäischen Kollegen dahin gehend zu beeinflussen versucht, die PKK auch in ihren Ländern zu verbieten. Diesem Druck nachgekommen ist jedoch lediglich Großbritannien, der treueste Verbündete der USA: seit dem Frühjahr 2001 existiert nun auch dort ein Verbot.

Verärgert zeigte sich die Türkei erst kürzlich, weil die Europäische Union die PKK nicht auf ihre Liste terroristischer Organisationen gesetzt hatte. Deshalb greifen offenbar deutsche und türkische Geheimdienste zu einer Neuauflage ihrer diffamierenden Methoden, indem sie Un- und Halbwahrheiten verbreiten, das Bild vom gewalttätigen und terroristischen Kurden neu aufleben lassen oder unbewiesene Behauptungen aufstellen. Die Öffentlichkeit soll wieder eingestimmt werden auf eine antikurdische und vor allem Anti-PKK-Stimmung, um auf diese Weise jede Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden zu verhindern. Hierbei bedienen sie sich einem seit Jahren hierfür zur Verfügung stehenden Kreis von sog. Abweichlern der PKK, denen das Polit-Magazin FAKT in seiner Sendung vom 14. Januar ausgiebig Gelegenheit gegeben hat, die Linie des Bundesinnenministers, der Bundesanwaltschaft und der Geheimdienste zu untermauern.

Um die kurdische Bewegung zu zerstören, ihre seit drei Jahren konsequent fortgeführte Friedenspolitik zu diskreditieren und ihren politischen Kampf um Anerkennung zu kriminalisieren, hat sich Schily zu einem schmutzigen Geschäft entschlossen. Seinem Amtskollegen Yücelen soll er laut innenpolitischem Sprecher der SPD, Dieter Wiefelspütz, zugesagt haben, die PKK künftig nicht nur systematisch als „kriminelle“ Vereinigung zu verfolgen, sondern auch Auslieferungen von kurdischen Aktivist(inn)en an die Türkei möglich zu machen. Hierzu soll Yücelen eine Liste mit Namen von ca. 150

Personen vorgelegt haben, die auch dem Bundesjustizministerium zur Verfügung gestellt wurde.

Dies lässt Schlimmes befürchten für die in deutschen Gefängnissen befindlichen kurdischen Politiker/innen und für jene, deren Prozesse in den nächsten Wochen und Monaten beginnen. Die meisten von ihnen waren bzw. sind angeklagt wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung. Treffen soll es aber auch die Kurdinnen und Kurden, die sich mit ihrer Unterschrift eingesetzt haben für die neue Strategie der PKK und der Forderung nach einer offiziellen Anerkennung der politischen, kulturellen und nationalen Identität.

Es wird immer offener, dass sich die Politik der Bundesregierung an den Vorgaben des NATO-Partnerlandes Türkei orientiert statt an den vom EU-Beitrittskandidaten geforderten Kopenhagen-Kriterien. Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit auf, gegen diese menschenverachtende Politik zu protestieren. Schreiben oder faxen Sie an: **Bundesinnenminister Otto Schily, Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin, Fax: 01888-681 2926**

Bundesjustizministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin, Mohnenstr. 37, 10117 Berlin Fax: 030 - 2025 9525

Rechtshilfend Azadi e.V.

Resolution

- **gegen Einschränkungen des Versammlungsrechts,**
- **gegen „Gefährderanschriften“ und „Gewalttäterdateien“**

Die folgende Resolution wurde von Betroffenen aus Göttingen verfasst. Sie bitten um Unterstützung durch Unterschrift.

Im Vorfeld des EU-Gipfels in Brüssel wurden insgesamt 13 GöttingerInnen von der örtlichen Politischen Polizei (4. Fachkommissariat) angeschrieben.

Gemein ist allen 13 Betroffenen, dass sie sich seit Jahren in verschiedenen politischen Gruppen und Bewegungen in Göttingen engagieren. In diesen sog. „Gefährderan-

Fregatten, Panzer, Hochsicherheitsgefängnisse, kurdische Aktivist(inn)en – die deutsche Regierung liefert, was die Türkei verlangt.



schreiben“ wurde ihnen „nahegelegt“, besser nicht an den europaweiten Demonstrationen in Brüssel zu teilzunehmen. Wörtlich heißt es in dem polizeilichen Anschreiben (Rechtschreibfehler im Original):

„Gefährderanschreiben

Der Polizei Göttingen ist bekannt, dass sie im Zusammenhang mit versammlungsrechtlichen bzw. demonstrativen Aktionen polizeilich in Erscheinung getreten sind. Daher ist es nicht auszuschließen, dass sie auch in Zukunft an demonstrativen Ereignissen teilnehmen werden. Für den 13.-15. Dezember 2001 sind demonstrative Aktionen gegen den EU-Gipfel in Brüssel geplant. Zu diesen Aktionen in Belgien rufen gewerkschaftliche-, studentische-, linksautonome-, Antifa-Gruppen, sowie sonstige Globalisierungsgegner auf.

Bei gleichgelagerten Aktionen (z.B. Göteborg, Genua pp.) kam es in der Vergangenheit zu erheblichen gewaltsamen Ausschreitungen seitens einiger Demonstrationsteilnehmer. Auch während dieses EU-Gipfels ist damit zu rechnen.

Um zu vermeiden, dass sie sich der Gefahr präventiver polizeilicher Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr (bis hin zur Zurückweisung an der deutsch-belgischen Grenze) oder strafprozessualer Maßnahmen aus Anlass der Begehung von Straftaten im Rahmen der demonstrativen Aktionen aussetzen, legen wir ihnen hiermit nahe, sich nicht an den o.g. Aktionen zu beteiligen.

Mittels dieser offen formulierten Androhung von Repressalien versuchte die Göttinger Polizei, Menschen von der Teilnahme an den europaweiten Demonstrationen in der belgischen Hauptstadt abzuschrecken. Doch diese Einschüchterungsversuche haben nicht gefruchtet: es sind trotzdem Zehntausende von DemonstrantInnen aus ganz Europa nach Brüssel gefahren - darunter auch einige der mit „Gefährderanschreiben“ versehenen Personen.

Wir protestieren

gegen derartige Versuche der Einschränkung von Meinungs- und Bewegungsfreiheit, gegen die Erfassung und Speicherung von Informationen über politisch aktive Menschen, gegen die Einschüchterungs- und Drohveruche der Polizei, gegen die öffentlichen Diffamierungsversuche von Einzelpersonen und politischen Inhalten durch „Gefährderanschreiben“, „Gewalttäterdateien u.ä..

Die wirklichen GewalttäterInnen in diesem EU-Europa sind diejenigen, die Bombenkriege gegen Länder wie Jugoslawien und Afghanistan führen, die Militärdiktaturen wie die Türkei mit Panzern und Folterwerkzeug versorgen, die Asylsuchende in Lager und Abschiebeknäste sperren, um sie anschließend in ihre Verfolgerstaaten abzuschicken. Gewalttäter sind nicht zuletzt diejenigen, die wie in Göteborg und Genua von der Schusswaffe Gebrauch machen und dabei auch getötete DemonstrantInnen in Kauf

nehmen.

Wir fordern:

- die vollständige Aufklärung den 13 Betroffenen gegenüber, welche Daten wie, warum und auf welcher rechtlichen Grundlage polizeilich erfasst und gespeichert wurden,
- die sofortige und vollständige Löschung der in diesem Zusammenhang angefallenen Datensätze,
- die unverzügliche Vernichtung der sog. „Datei Gewalttäter“ und aller anderer Dateien, in denen politisch aktive Menschen aus der Linken einzig aufgrund ihrer politischen Gesinnung gespeichert werden,
- wir fordern Bewegungsfreiheit und Versammlungsrecht, unabhängig von Herkunft, Staatsbürgerschaft oder Religion,
- wir fordern offene Grenzen in und nach EU-Europa sowie freie politische Betätigung für Nichtdeutsche, Flüchtlinge und Asylsuchende.

Wir erklären uns mit allen solidarisch, die an der Teilnahme an den Demonstrationen in Brüssel durch die Polizei gehindert oder bei der Wahrnehmung ihres Demonstrationsrechts von der Polizei angegriffen wurden.

Wir rufen alle politisch aktiven Menschen auf, sich nicht von derartigen polizeilichen oder geheimdienstlichen Maßnahmen einschüchtern zu lassen, sondern weiterhin für ihre politischen, sozialen und kulturellen Belange einzutreten.

Die obige Resolution wird von mir/uns unterstützt: (Name (bei Einzelpersonen ggf. Funktion)/Ort)

Schickt eure unterschriebene Resolution bitte an die folgende Adresse:

Rote Hilfe Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
Fax: 0551/770 8009
Email: goettingen@rote-hilfe.de

Polizeiterror in Flensburg

Sylvesterabend 2001 - Politischer Spaziergang durch die Innenstadt von Flensburg gegen Kapitalismus und Überwachungsstaat: ca. 60 GenossInnen ziehen anfangs gut gelaunt durch die Stadt, rufen einige Parolen, machen einen bisschen Feuerwerk, hier und dort tauchen einige Graffitis auf. Nach ca. einer halben Std. tauchen PolizistInnen in Zivil hinter uns auf, verfolgen den Zug. Wir gehen weiter in die FußgängerInnenzone, werden von mehreren Polizeifahrzeugen verfolgt, dort wird von einem Streifenwagen versucht - in „Ramboart“ (in der einen Hand Pfefferspray, in der anderen Tonfas) -, den Zug zu stoppen. Wir lassen uns nicht beirren und ziehen an dieser Strei-

fenwagenbesatzung vorbei, die dieses Vorhaben unbedingt unter Einsatz ihrer Waffen verhindern will - es gibt die ersten Verletzten! Ein erheblich größeres Polizeiaufgebot verfolgt uns jetzt erheblich aggressiver - wir laufen weg, die Polizei fährt hinter uns her. Um dieses jetzt erheblich angewachsene Aufgebot „abzuhängen“, laufen die meisten Menschen in einen Hinterhof (mit zwei Ausgängen) nicht ahnend, dass dieser von der anderen Seite schon mit einem massiven Polizeiaufgebot abgeriegelt wurde.

Jetzt waren wir eingekesselt, die Polizei agierte maximal aggressiv, Pfefferspray und Knüppel werden großzügig eingesetzt, ein Genosse wird von der Polizei schwer misshandelt: sein Kopf wird mehrmals auf das Pflaster geschlagen, gleichzeitig wird ihm Pfefferspray ins Gesicht gesprüht, das Augenlid platzt auf, blutet stark, so dass diese Verletzung später im KH genäht werden muss. Eine Genossin hat auf dem Kopf eine ca. 20 cm lange, stark blutende Platzwunde, ein weiterer Genosse eine ca. 10 cm lange. Alle müssen von ihren GenossInnen notdürftig verbunden werden und werden erst später einzeln ins KH gebracht. Mehrere GenossInnen klagen aufgrund des massiven Einsatzes von Pfefferspray über Luftnot und Übelkeit, einige haben Kreislaufprobleme.

Nachtrag

Heute morgen (16.1.) gab es in Flensburg Hausdurchsuchungen. Betroffen waren nach ersten Informationen die Schlachtereie, ein Bauwagenplatz und der Hafermarkt sowie verschiedene WGs.

Als Hintergrund für die Polizeiaktion ist die Sylvesterdemo anzunehmen. Es ist nicht verkehrt, weitere Durchsuchungen, bspw. bei Festgenommenen, für zumindest möglich zu halten. Unter der unten angeführten url findet ihr die Rechtshilfebroschüre der Roten Hilfe mit Tipps für Festnahmen, Hausdurchsuchungen etc.

<http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/antirepression/rechtshilfe/index.htm>

Brief eines Gefangenen aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dresden

Nazisymbole und Antisemitismus in der JVA nicht möglich???

Falsch die Überschrift müsste heißen: Nazisymbole und Antisemitismus in der JVA erlaubt!!!

Worte wie „Kanackensau“, „Judenschwein“ und „Schwuchtel“ sind, wie Hakenkreuze und SS-Runen, ein ganz normaler Zustand in der JVA Dresden.

Als ich das erste Mal in meinen Zellen trakt kam, dachte ich, ich bin in einem Film.

Da lief ein Typ auf dem Gang mit freiem Oberkörper und stellte seine Tätowierungen zur Schau. Diese sind ein eindeutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus; Reichskriegsfahne, Hakenkreuzfahne und A.H. „persönlich“.

Dann war der Tag, wo ich Besuch bekam – was ich da erlebte, wollte ich nicht wahrhaben –, ich wurde mit anderen Häftlingen in einen Raum gesperrt, der aussah wie ein Jugendklub in der Sächsischen Schweiz. Hakenkreuze, SS-Runen und ausländerfeindliche Sprüche, die seit über einem Jahr an der Wand stehen. Dies scheint ein Sport zu sein, da die Nazis die Jahreszahl und ihre Namen hinterlassen.

Es scheint mir so, als ob es ein stilles Abkommen von Behörden und Nazis gibt, das lautet: Ihr lasst uns in Ruhe und wir lassen euch in Ruhe!

Eine entpolitisierende Arbeit findet in der JVA nicht statt.

Ein Psychologe sprach in der ersten Woche mit mir und fragte mich, ob ich politisch sei. Als ich seine Frage mit „Ja!“ beantwortete, fragte er mich, wie und in welche Richtung. Ich sagte ihm, dass ich Hausbesetzer sei. Er sagte mir, dass politische Aktivitäten verboten wären. (P.S. er wurde inzwischen entlassen, weil er nicht tauglich war. Er ist bekannter Schwuler.)

Zu Weihnachten bekam ich von Genossen ein Paket. In diesem Paket befand sich ein Brief, welcher ein Spucki mit zerschlagenem Hakenkreuz, ein Spucki mit einer Friedenstaube und ein Spucki mit dem Spruch „Soldaten sind Mörder“ enthielt. Dieser Brief wurde mir nicht ausgehändigt mit der Begründung, er würde verfassungsfeindliche Symbole enthalten. Nach einer heftigen Diskussion mit einer Beamten und der Drohung, einen Brief an meinen Anwalt und die PDS-Fraktion im Landtag zu schreiben, wurde mir der Brief mit dem Spruch, ich solle meinen Freunden sagen, sie sollen in Zukunft unterlassen, solche Sachen zu schicken, ausgehändigt. Dies hat mir klar gezeigt, was in der JVA abgeht.

Da ich zur Zeit der Einzige hier bin, der klar sagt, autonom zu sein, wird meine Post gründerlich gelesen. Nazis dürfen aber weiter ihren menschenverachtenden Scheiß machen.

In der Zelle im Besucherraum sind neue Sprüche mit Datum 15.12.01 zu sehen.

Für eine sofortige Untersuchung von Naziaktivitäten in der JVA Dresden!

Mit antifaschistischem Gruß

Heinz

Quelle: Indymedia

Freiheit für Ivan Jelinic!

Über 15 Jahre im Knast, davon bis heute über 5 Jahre ununterbrochene Isolationshaft, konnten Ivans Unterwerfung nicht erzwingen. Mit einem 5-tägigen Hungerstreik für „Freiheit und gegen Abschiebungen“ meldet er sich erneut zu Wort.

Die nach dem G 8-Gipfel in Genua abgesetzten Polizisten sind wieder rehabilitiert, manche wurden sogar befördert.

Allen geht es gut

Ein Erdbeben nie gesehenen Ausmaßes schien sich abzuzeichnen, als Ansoino Andreassi, die Nummer zwei der italienischen Polizei, Arnaldo La Barbera, der Chef der Antiterrorismuseinheiten, und Genuas Polizeipräsident Francesco Colucci, also einige der mächtigsten Männer der staatlichen Repressionsorgane, entlassen wurden. Aber vier Monate nach dem G 8-Gipfel in Genua, nach der unfassbaren Bilanz von einem Toten, 600 Verletzten und fast 300 Verhaftungen – von denen sich die meisten als rechtswidrig erwiesen haben – ist die Suche nach den Verantwortlichen schon wieder beendet. Die überführten Täter der Über-

Beamten zur Verfügung zu stellen, nur Kopien der Ausweise aus. In dieser Kaserne war es zu zahlreichen Übergriffen auf verhaftete Demonstranten gekommen. Die Kopien ermöglichten nicht einmal eine Unterscheidung von Männern und Frauen.

Dass die Aufmerksamkeit für die Untersuchung des G8-Gipfels nachgelassen hat, ist nicht zuletzt eine Folge des Kriegs in Afghanistan. Und so bleibt Francesco Colucci der Einzige, der ernsthafte Konsequenzen zu tragen hat. Andreassi und La Barbera, die zusammen mit Colucci entlassen wurden, sind rehabilitiert. Andreassi wurde kürzlich sogar zum stellvertretenden Direktor des Inlandsgeheimdienstes (Sisde) ernannt, La Barbera zur Nummer zwei des Cesis, der Koordinationsbehörde der zivilen und militärischen Geheimdienste.

Für Colucci hingegen gibt es keine Gnade. Schuld daran ist allerdings nicht seine katastrophale Einsatzleitung vor Ort, sondern sein Angriff auf den Chef der Polizei, Gianni de Gennaro, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Ereignissen von Genua. Colucci erklärte, seine Behörde sei von den aus Rom geschickten Beamten faktisch entmacht worden.

Auch Vincenzo Canterini, der Chef der römischen Sondereinheit Celere, die für die Misshandlungen in den Schulen Diaz und Pertini verantwortlich gemacht wird, kam ohne ein Disziplinarverfahren da-

von. Mittlerweile ist er ein hoher Funktionär der Consap, einer rechts stehenden Polizeigewerkschaft. In dieser Eigenschaft hält er Vorträge in Polizeikasernen in ganz Italien, vor den Richtern scheint er keine Angst zu haben.

Ein anderer Fall ist Alessandro Perugini, ein ehemaliger stellvertretender Leiter der politischen Polizei (Digos) in Genua. Er wurde dabei gefilmt, wie er verummmt einen Minderjährigen aus Ostia zusammentrat, der bereits festgenommen worden war. Perugini wurde für kurze Zeit nach Rom versetzt und konnte nun mit einer neuen Aufgabe nach Genua zurückkehren. Für alle anderen 40 Polizisten, die für Übergriffe bei dem Sturm auf die Diaz-Schule verantwortlich gemacht werden, gilt das Prinzip, das bei der Polizei immer gilt: keine Suspendierung bis zum Gerichtsurteil. Anders liefen die Dinge für die Präfekten Andreassi und La Barbera, die vom Innenminister Claudio Scajola aus „Opportunitätsgründen“ am 3. August abgesetzt worden wa-



griffe vom 20. und 21. Juli durften entweder auf ihren Posten bleiben, wurden wieder eingesetzt oder sind mit neuen, prestigeträchtigen Aufgaben betraut worden.

Die Berichte der Regierungskommission hatten die Verantwortung von Polizisten, Carabinieri, Finanz- und Strafvollzugsbeamten aufgezeigt. Die Polizei verzichtete als erste auf Strafen in ihren Reihen, die anderen Organe folgten ihr darin. Die Carabinieri leiteten vielmehr Disziplinarmaßnahmen gegen einen mutigen Gefreiten ein, der es wagte, die geltenden Richtlinien des Gebrauchs von Schusswaffen in Zweifel zu ziehen. Die Finanz- und die Strafvollzugsbeamten verhielten sich, als hätte es den G8-Gipfel nie gegeben. Sie versuchen zudem, die Justizbehörden in Genua zu behindern, die dagegen im gewohnt devoten unerträglichen Ton protestierten.

So händigte etwa die für den Strafvollzug zuständige Behörde auf die Aufforderung, Fotos der in der Kaserne Bolzaneto anwesenden und allesamt verummmten

ren. Andreassi, ein so genannter Antiterrorismusexperte, der der Linken zugerechnet wird, hatte seine Arbeit schon vor dem G8-Gipfel erledigt, indem er die Zusammen-setzung des Widerstands

analysierte. In Genua war Andreassi lediglich ein Supervisor ohne Zuständigkeit für die öffentliche Sicherheit. La Repubblica zufolge war seine Ablösung schon vor dem Gipfel eine beschlossene Sache. Am Abend des 21. Juli äußerte sich Andreassi nur zur Verhältnismäßigkeit des Einsatzes in der Diaz-Schule, dann ging er und überließ La Barbera das Feld, dem einstigen Hardliner bei der Bekämpfung der Mafia.

La Barbera war der ranghöchste Beamte vor Ort. Seine Verantwortung steht in einem Zusammenhang mit dem römischen Einsatzkommando Celere. Die während des Sturms auf die Diaz-Schule verletzten Beamten gehören fast ausschließlich zu dieser Einheit (15 von 17), und es ist bezeichnend, dass die Celerini es ablehnen, sich der Justiz zu präsentieren. Denn sie sind Immunität gewöhnt. Am 20. Oktober dieses Jahres verletzten Angehörige dieser Einheit einen Fan der Fußballmannschaft von L'Aquila in Lanciano schwer. Die Vorwürfe der örtlichen Polizei wurden abgeblockt, der Täter konnte bis heute nicht identifiziert werden. Vor der Großdemonstration gegen den Krieg in Afghanistan in Rom am 9. November legten sie noch einmal nach. Einige ihrer Mitglieder ließen über den Corriere della Sera die Drohung verbreiten, in Rom werde man die „Zugabe“ zu

Genua erleben.

Als einzige Konsequenz der Ermittlungen blieb schließlich, dass der neue Polizeiknüppel, ein übler, zugespitzter Schlagstock, den die Polizei eigens für den Gipfel anfertigen ließ, künftig nicht mehr zum Einsatz kommt. Die Krise der Polizei lässt sich nicht mehr verbergen, und Andreassi hatte offensichtlich die Aufgabe, eine Art Damm gegen den sich in ihren Reihen ausbreitenden Rechtsextremismus zu errichten.

Beunruhigender ist allerdings das Schweigen der Carabinieri. Sie dürften unbeschädigt aus der Untersuchung des Mordes an Carlo Giuliani hervorgehen. Der zuständige Staatsanwalt Silvio Franz ist dabei, die Schüsse auf Carlo Giuliani als Akt der Selbstverteidigung zu bewerten. Mario Placanica, der junge Carabiniere, der aus dem Jeep heraus schoss, ist offensichtlich nicht nur auf seinem Posten geblieben, sondern sogar befördert worden.

Die Carabinieri wurden niemals aufgefordert, sich zu ihrem Vorgehen während der Demonstrationen zu äußern, nicht zu ihren Attacken, die keinen Fluchtweg offen ließen, nicht zu den 15 abgegebenen Schüssen und nicht zu den Fallschirmjägern der Einheit Toscana.

Der einzige wegen der Vorfälle von Genua bestrafte Carabiniere ist der Obergefreite Valerio Mattioli. Er wurde bereits dadurch bekannt, dass er die Öffentlichkeit

über die Geheimakten informierte, die die Carabinieri über viele Italiener angelegt haben. Mattioli wurde mit einer zwölf-tägigen verschärften Ausgangssperre bestraft, weil er in einem Brief an Liberazione die Verfassungsmäßigkeit des Artikels 53 des Strafgesetzbuches angezweifelt hatte. Dieser erlaubt es den Ordnungskräften, in eine demonstrierende Menge zu schießen, allein mit dem Ziel, sie aufzulösen.

Das Schweigen der Carabinieri, die bisher jeden Versuch einer Gewerkschaftsgründung in ihren Reihen abgewehrt haben, vermischt sich mit dem Streit zwischen der Regierung und der Opposition über die Neubesetzung des Oberkommandos der Truppe. Einige rechte Generäle möchten mit der Gewohnheit brechen, einen General des Heeres mit diesem Amt zu betrauen, während das oppositionelle Mitte-Links-Bündnis Ulivo still und heimlich versucht, seine Schützlinge unterzubringen. Dabei war es doch der Ulivo, der zu seiner Regierungszeit die Carabinieri in den Rang des vierten Truppenteils neben dem Heer, der Marine und der Luftwaffe erhoben hatte.

[Von Alessandro Mantovani, Rom. Der Artikel erschien zuerst in der linken italienischen Wochenzeitung Carta, Nr. 21/01. Übersetzung: Ambros Waibel. Aus: Jungle World Nr. 52/01 - 19./26. Dezember, Bergmannstraße 68, 10961 Berlin, Germany; redaktion@jungle-world.com]. Wir übernehmen ihn aus dem Rundbrief der Infogruppe Berlin.

Allgemeine Informationen zu den Gerichtsverfahren in Göteborg

Mitte Dezember wurden 22 Verfahren eingestellt. 350 von 379 den wegen Hvidt-feldska anhängigen Verfahren wurden am 18. Dezember 2001 eingestellt.

Die nationale Polizeileitung gab bekannt, dass es bis 12. Dezember 2001 2887 Verfahren im Zusammenhang mit dem EU-Gipfel in Göteborg gab. In 486 Fällen soll ermittelt worden sein. 107 Personen wurden festgenommen, 59 Personen sind inhaftiert und 38 Urteile wurden gesprochen. Seither gab es ein weiteres Urteil und eine weitere Festnahme (ein 17-jähriger wegen Sachbeschädigung). Die beiden Personen, die bereits einige Wochen vor dem Gipfeltreffen festgenommen worden waren, sind bei den hier aufgeführten Fällen nicht mit aufgeführt. In 479 Fällen wurden die Ermittlungen eingestellt und es verbleiben noch 7 Personen. Angaben des Generalstaatsanwalts Medelius zufolge sind weitere 200 Fälle erst im Stadium erster

Ermittlungen. Die Polizei untersucht weiter Videoaufnahmen, um weitere AktivistInnen zu identifizieren.

Infogruppe Berlin, Gipfelinfo vom 8.1.2002

Wg. EU-Gipfel in Brüssel

Am 14.1. begann der Prozess gegen drei DemonstrantInnen aus Deutschland

Heute, am 14.01.2002, also genau einen Monat nach der Grossdemonstration gegen den EU-Gipfel in Brüssel, sollte der Prozess gegen die drei deutschen DemonstrantInnen, die im Zuge der Belagerung von Tour et Taxis festgenommen wurden, im „Kriegsrats-Saal“ beginnen.

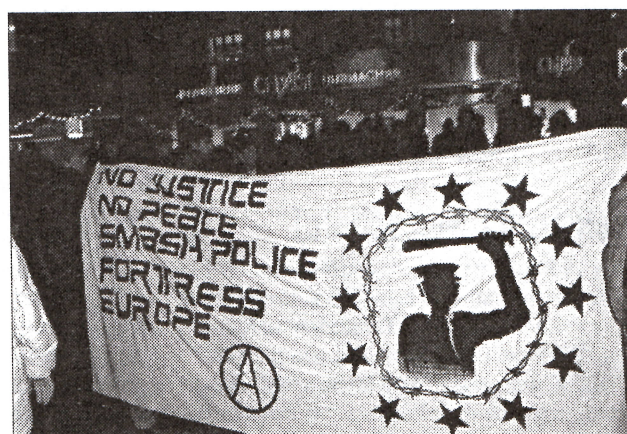
Die Anklage lautet „Rebellion“, also Aufstand, was wohl als eine Mischung zwischen Widerstand gegen die Staatsgewalt und dem deutschen Landfriedensbruch zu verstehen ist. Angeklagt und vor Gericht gestellt sind die drei Deutschen in Belgien. Sie werden nach einer neuen Prozessart, dem sogenannten „Schnellverfahren“ behandelt.

Es waren etwa 15 Anwältinnen und Anwälte heute bei Gericht, sowohl aus Deutschland als auch aus Belgien. Sie beantragten Vertagung, da eine Diskussion unter ihnen noch nicht geklärt war. Einige der Anwälte vertreten die Meinung, die Anwälte, die bereits am Tage der Demonstration für die Legal Teams freiwillig gearbeitet hatten, sollten nicht als Anwälte der Angeklagten auftreten, da sie emotional belastet seien.

Dies führte zu Empörung seitens des Legal Teams, da die Anwälte dort zum Schutz der Rechte der DemonstrantInnen fungieren, nicht jedoch emotionale Gefühle für diese hegen wollten.

Ferner existiert ein Video der Polizei, auf dem die Angeklagten angeblich bei dem Begehen einer Straftat zu sehen seien. Die Angeklagten schließen eine Tat ihrerseits jedoch aus. Den Anwälten wurde das Video seitens der Polizei zunächst verweigert. Nunmehr soll das Video bei der Verhandlung den Anwälten vorgeführt werden. Dem Antrag der Anwälte wurde stattgegeben. Die Verhandlung wurde auf den 11. Februar 2002 verschoben.

[gefunden auf indymedia, 15.1.2002]



USA

Neue internationale Kampagne für die Freilassung von Ali Khalid Abdullah

Eine neue internationale Koalition wurde gebildet, mit der Absicht, den politischen Gefangenen Ali Khalid Abdullah zu unterstützen und frei zu bekommen. Ali Khalid Abdullah ist ein neu-afrikanischer Anarchist, der seit 12 Jahren im US-Bundesstaat Michigan in Haft sitzt. Er wurde verurteilt weil er versucht hatte, einem großen Drogendealer das Handwerk zu legen, welcher in der Gemeinde von Ali Kinder und Frauen für seine Drogengeschäfte missbrauchte. In der Haft hat Ali die Political Prisoners of War Coalition (PPWC - www.geocities.com/ppwc_uk) gegründet, und ist seither extrem aktiv im Kampf anderen Gefangene und Unterdrückten im allgemeinen zu helfen und sie zu lehren. Er hat ebenfalls sehr viel zu verschiedenen Themen mit Bezug zur Geschichte, der revolutionären Theorie und der Sozialkritik geschrieben. Er ist stets ein fester Gegner des Patriarchats, des Heterosexismus, des Rassismus, der Umweltzerstörung und des Kapitalismus geblieben, auch angesichts massiver Repressionen und Marginalisierung. Seit Ali inhaftiert ist wurde ihm 5 Mal eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung verweigert, aus Gründen die vom Michigan Parole Board (jener Instanz, die sich in Michigan um diese Entlassungen kümmert) nie erläutert oder gerechtfertigt wurden. Im Februar 2002 kommt es erneut zu einer Anhörung von Ali, und er benötigt deshalb dringend Solidarität, gegenseitige Hilfe und liebende Unterstützung.

Für weitere Informationen über Ali, seine Artikel, und was ihr tun könnt um ihm zu helfen, dann kontaktiert bitte folgende Adresse. Besonders finanzielle Unterstützung ist dringend geboten.

International Campaign to Free Ali Khalid Abdullah, c/o Pushing Forward, 2716 SE 21st Ave, Portland, OR, USA
e-mail: freeali@disinfo.net

Webseite im Aufbau:

www.angelfire.com/dc/freeali

Um Ali selber zu kontaktieren:

Ali Khalid Abdullah

#148130

Thumb Correctional Facility

3225 John Conley Drive

Lapeer, MI 148446, USA

An die Menschen in Deutschland ...

Lasst mich diese Worte an euch richten

Wir leben in einer Welt der kapitalistischen Herrschaft und imperialistischen Träume von jenen an der politischen Macht, die uns

alle getrennt und besiegt halten wollen, so dass wir nicht zusammen stehen und ihre Wünsche nach einer Neuen Weltordnung nicht zerstören können. Eine Ordnung, die in ihrer Natur sehr gefährlich und sadistisch ist, eine, die ihr bereits während des Nazi-Reichs in Deutschland habt erfahren müssen, als Adolf Hitler davon geträumt hat, die Welt zu erobern.

Wir befinden uns heute unter dieser Art von Herrschaft, aber in einer anderen Form. Diese Herrschaft umfasst nicht die Ausrottung der JüdInnen, aber die Ausrottung all jener Menschen, die arm sind; die eine abweichende Meinung haben und protestieren; die zurückschlagen und ihre geballte Faust im Kampf gegen den Plan der Neuen Weltordnung erheben.

Es ist wichtig zu wissen, dass diese Neue Weltordnung auch auf weißer Vorherrschaft basiert. Eine falsche Doktrin, da es sowas wie eine „weiße Rasse“ oder „weiße Menschen“ nicht gibt. Dies sind künstliche Begriffe, die in unser Denken einprogrammiert wurden, damit wir sie akzeptieren, und von diesen rührt auch die wirkliche Arroganz aus Hass und Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen anderer Hautfarbe her. Wir dürfen diesem Denken nicht erlauben, uns zu spalten oder uns daran zu hindern, den größeren Plan zu sehen, der für uns geschaffen ist, für uns, die wir eine abweichende Meinung vertreten und zurückschlagen. Wir müssen an allen Fronten zusammenstehen, unabhängig unserer Sprache, Hautfarbe, Sex oder Geschlecht, Alter, und wo wir auf der Welt leben. Wir müssen eins sein.

Ich mache diesen Aufruf an euch (die Menschen in Deutschland), weil ihr eine reiche und lange Geschichte habt. Eine sehr aktive und bewegte Geschichte, und ihr seid KämpferInnen für das, woran ihr glaubt. Ihr steht auf gegen eineN oder alle FeindInnen, die versuchen, euch zu beherrschen, verändern oder verleugnen. Aber, ihr habt der Machtstruktur erlaubt, euch in den Schlaf zu wiegen und nicht aufzustehen, wie ihr es eigentlich solltet, und die Drohungen zurückzuschlagen, die an eure Tür klopfen.

Die Gefahr ist nicht jene, die von den politischen Strukturen behauptet wird ... TerroristInnen ... weil sie, die PolitikerInnen, die TerroristInnen der Welt sind. Sie sind diejenigen, welche die Welt in Aufruhr versetzen mit ihren politischen Akten, welche die meisten von uns ausgrenzen und nur die Reichen zulassen. Sie sind die TerroristInnen, weil sie ganze Nationen in die Kriege geführt haben, indem sie die jungen Menschen an weit entfernten Kampfplätzen für ihre politischen Akte haben sterben lassen. Aber wir profitieren nie von dem, wozu sie uns anleiten. Wir dürfen nicht zulassen, dass dies weiterhin passiert. Wir müssen die PropagandistInnen des Krieges stoppen und auch die Angriffe auf jene Menschen, sie sich wehren und ihr Leben zurück in die eigenen Hände nehmen.

KeineR von uns ist so tot im Verstand, dass wir diese Bedrohungen unseres Planeten

durch diese Zerstörung nicht besiegen könnten. Aber wir müssen jetzt handeln.

Ich spreche zu euch aus einer kleinen Gefängniszelle aus den USA. Ein Land, in welchem ich geboren und aufgezogen wurde, aber ein Land, das sich nie um mich gekümmert hat. Ein Land, das mich bedroht hat wie wenn ich nichts wäre, und meine Eltern bedroht hat, wie wenn sie nichts wären. Ein Land, das meine Eltern einmal als SklavInnen, Eigentum und Halbmenschen bezeichnet hat. Dies ist dort, wo ich derzeit sitze. Und ich sitze in dieser Knastzelle mit den Tränen, die mein Gesicht runterrinnen, während ich diese Aussage hier an euch schreibe, weil ich weiß, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt mein Leben hier drinnen enden wird, in dieser winzigen Gefängniszelle in diesem Land, das alle Amerikkka nennen. Und somit richte ich mich an euch alle da draußen ... die Leute in Deutschland ... ich richte mich an euch, wie wenn ihr im Paradies wäret und ich auf meinen Knien den Himmel richten würde, um eure Hand zu ergreifen ... Bitte hört mich heute an und bitte versucht zu verstehen, was ich euch sage. Wir dürfen einander nicht vernachlässigen. Wir dürfen einander nicht vergessen, und wir müssen der/die eine für den/die andere kämpfen, bevor es zu spät zum Kämpfen ist.

Erlaubt es auch nicht euch selber, euch besser als wer anderer zu fühlen, nur wegen dieser Imagination der Hautfarbe. Wenn wir sterben, dann sind wir alle gleich und gehen alle in die gleiche Dunkelheit. Zum selben Boden. Einer, der sich weniger darum kümmert, welche Farbe du hast oder aus welchem Land du kommst. Der Boden ist der Boden. Er weiß nur, dass er dich in seinen Fängen hat.

Wenn wir frei sein wollen dann müssen wir damit anfangen, frei zu denken. Wenn wir frei sein wollen, dann lasst uns von der Freiheit für alle sprechen. Wenn wir frei sein wollen, dann lasst uns frei handeln und unsere Häupter nicht aus Furcht senken.

Ich hoffe ihr seid fähig, mich zu hören? Ich hoffe ihr seid fähig, mich zu fühlen? Dies ist meine letzten Chance, euch zu erreichen.

Ali Khalid Abdullah

Argentinien

Die Mütter machen weiter ...

**Kommuniqué der Madres de Plaza de Mayo
nach dem Marsch am Do, 3. Januar 2002**

Die Mütter des Plaza de Mayo lehnen diese Regierung, zusammengesetzt aus Mördern, Drogenhändlern, Räubern und Korrupten, ab.

Trotz des Ekels entschlossen wir uns, einen Brief mitzunehmen, der die sofortige Freiheit und die Freilassung aller politischer



Hebe de Bonafini auf einer der Demonstrationen

Gefangenen und der sozialen Kämpfer, die für die Auseinandersetzen mit diesem kapitalistischen und kriminellen System bestraft wurden, fordert.

Nach dem Donnerstagsmarsch gingen wir zwei Mütter, Hebe de Bonafini - Präsidentin der Vereinigung - und Evel Petrini - Sekretärin der Führungskommission -, mit einem Brief in der Hand (zum Regierungsgebäude). Die Präsidenschaftswache, die uns begleitete, warnte uns: „Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie hier drinnen machen, oder Sie werden mit den Füßen voran rauskommen“.

Wir wissen, dass viele sich wegen der Sorgen ums Geld oder wegen der Bankeinlagen mobilisierten. Es gibt kein Geld, weil es dieselben Kriminellen raubten, die heute das Regierungsgebäude besetzen.

Aber die Mütter des Plaza de Mayo wissen, dass wir weiterkämpfen müssen, nicht wegen des Geldes, sondern für das Leben, für die Freiheit der politischen Gefangenen und der sozialen Kämpfer und gegen diese Mafia, die mit einem Putsch die Regierung übernahm.

Die Mütter machen weiter gemeinsam mit den Jungen, welche ihr Leben bei den Auseinandersetzungen mit der Mörderpolizei riskieren, die die Regierenden beschützt. Deshalb rufen wir weiterhin die Losung des 21. Widerstandsmarsches: „Widerstand und Kampf gegen den Staatsterrorismus“

Hebe de Bonafini
Präsidentin
www.madres.org

Anmerkung des Übersetzers: Die „Madres del Plaza de Mayo“ ist die Organisation der während der argentinischen Militärdiktatur Verschwundenen. Während der argentinischen Diktatur verschwanden bis 1983 über 30.000 Menschen. Seit über 24 Jahren demonstrieren die Mütter jeden Donnerstag auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude, um Aufklärung über das Schicksal ihrer Söhne und Töchter und die Bestrafung der Schuldigen zu fordern.

Übersetzung des Kommuniquees der „Madres del Plaza de Mayo“ nach dem Marsch vom 3. Januar 2002. (Original: http://argentina.indymedia.org/front.php3?article_id=6488&group=webcast)

Das israelische Damon-Gefängnis

Wer der nackten Not zu entkommen trachtet, wird weggesperrt

Die Zeitung „Die Welt“ veröffentlichte am 11.1.02 im Rahmen einer lockeren Serie über Gefängnisse in aller Welt einen Artikel des israelischen Journalisten Gideon Levy, dem als ersten Journalisten gestattet wurde, das israelische Damon-Gefängnis an den Hängen des Karmel-Gebirges zu besuchen. Das Gefängnis war ursprünglich als Stall und Tabaklager gedacht, wurde dann zum Gefängnis, 1999 geschlossen, weil es, so der damalige Polizeiminister Shlomo Ben-Ami, „ungeeignet für menschliches Gewahrsam“ ist, und im Herbst 2001 wieder geöffnet. Nicht, weil es heute besser geeignet wäre - es hat sich nichts geändert -, sondern weil der Bedarf Israels an Platz für „menschliches Gewahrsam“ in den vergangenen Monaten explosionsartig gestiegen ist.

In Damon sitzen ausschließlich Palästinenser, 481 Gefangene, die, wenn sie eingeliefert werden, erst einmal einige Nächte auf dem kalten Boden schlafen müssen und später in die mit 12 bis 16 Mann völlig überfüllten Zellen ohne Toilette gestopft werden.

Die Gefangenen sitzen nicht wegen aktiver Beteiligung an den Aufständen ein. Keiner, schreibt Levy, sei eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ Israels. Sie seien vielmehr angetrieben von dem Elend, das aus der Abriegelung der besetzten Gebiete resultiert. Viele, wenn nicht die meisten, wurden verhaftet, weil sie erwischt wurden, als sie trotz der Abriegelung nach Israel zu gelangen versuchten, um irgendeine - schlecht bezahlte - Hilfsarbeit zu bekommen, weil ihre Familien sonst verhungerten. Einige, die illegal Arbeit gefunden hatten, wurden denunziert, andere von ihren Arbeitgebern, die sich die Lohnauszahlung sparen wollten, an die Behörden übergeben. Die Strafe dafür? Sie liegt zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Andere Gefan-

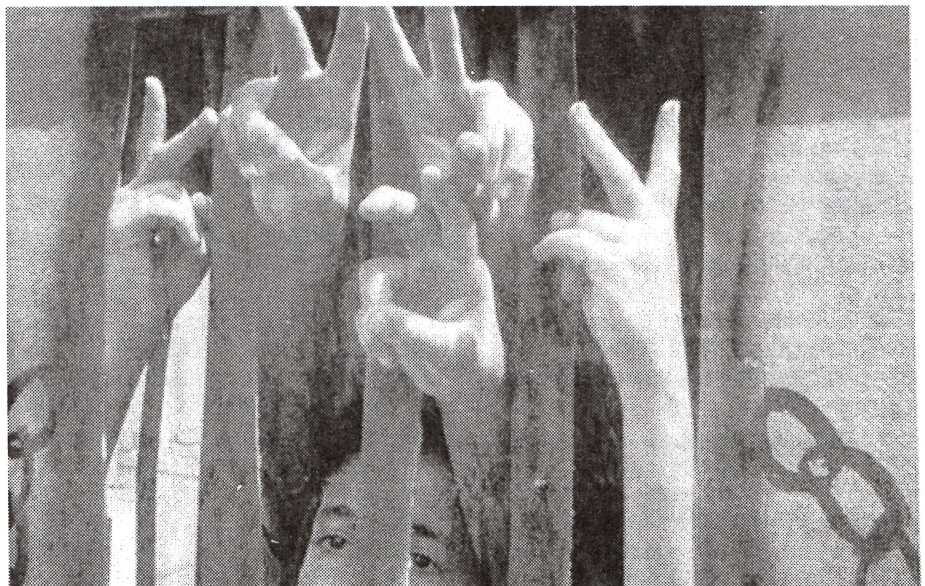
gene wurden wegen des „Verbrechens“ verurteilt, ohne Erlaubnis ein Fahrzeug benutzt zu haben. Ein Palästinenser sitzt ein, weil von einem israelischen Gericht wegen des Diebstahls einer Videokamera zu 5 Jahren verurteilt wurde!

Seit der Abriegelung der besetzten Gebiete erhalten die Gefangenen praktisch keinen Besuch mehr, da ihre Familien die Westbanks oder den Gazastreifen nicht verlassen dürfen und lediglich Verwandte aus Ostjerusalem oder israelische Araber zu Besuch kommen dürfen. Viele Gefangene, schreibt Levy, hätten ihre Kinder noch nie gesehen, ältere Männer wüssten oft nicht einmal, warum sie im Gefängnis sind. (Red.)

Internationale Solidaritätsdelegation aus Palästina zurückgekehrt

Vom 30. Dezember 2001 bis 6. Januar 2002 befand sich eine internationale Solidaritätsdelegation bestehend aus TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern in Palästina. Trotz erheblicher Schwierigkeiten gelang der Gruppe, die wichtigsten Brennpunkte des Konflikts - Hebron, Gaza, Jerusalem, Rahmalla und Bethlehem - zu besuchen und sich ein Bild vor Ort zu machen.

Besonders drastisch erschien das Vorgehen der Okkupationsarmee in Gaza: „Sie bombardieren uns, reißen unsere Bäume aus, vernichten unsere Äcker und töten unser Vieh“, rief eine alte Frau in Beit Lahia im Norden des Gaza-Streifens als die Delegation eine von der israelischen Armee zerstörte landwirtschaftliche Zone besichtigte. „Wir sind auch Menschen. Warum tut Eu-





Von Israel zerstörte Häuser

ropa nichts um uns zu helfen?!“

Ähnlich brutal gehen die dreihundert Siedler in Hebron vor. Der Gynäkologe Dr. Kaisir Zadeh, dessen Praxis sich in unmittelbarer Nähe eines erst kürzlich und mit Gewalt okkupierten Siedlerhauses befindet, meinte der Delegation gegenüber: „So wollen uns vertreiben. Fünf mal bin ich geschlagen worden. Einmal ist ein Mordanschlag auf mich gescheitert. Mein dreijähriger Sohn ist mit Soldatenstiefeln getreten worden. Meine Praxis in diesem medizinisch unterversorgten Gebiet wurde geschlossen. Aber ich werde nicht gehen. Dazu müssen sie mich töten.“

In zahlreichen Gesprächen mit palästinensischen Organisationen und Betroffenen vor Ort konnte sich die Delegation ein Bild von der Realität der Besatzung und der Lebensunfähigkeit der isolierten Autonomen Gebiete, in die die Armee auch während unserer Anwesenheit immer wieder eindrang, machen.

Dieses Bild wurde auch durch gegen die Okkupation kämpfende jüdische AktivistInnen bestätigt. Yoav Bar von der in Israel selbst tätigen gemischten Organisation „Kinder der Erde“: „Nachdem in der Schule meiner Kinder bekannt wurde, dass ich die Intifada unterstütze, waren sie vor Übergriffen seitens der Lehrer wie der Schüler nicht mehr sicher. Ich musste sie in die arabische Schule schicken. Dort werden sie akzeptiert.“

Weitere Informationen zur Delegation unter: www.antiimperialista.com

Eine Dokumentation sowie Veranstaltungen dazu sind in Planung, achtet auf aktuelle Ankündigungen in Euren Städten

NACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

Hoffnung auf eine Lösung im Todesfasten

Die Anwaltskammern aus Ankara, Izmir, Antalya und Istanbul hatten in den letzten Wochen mit einem Vorschlag die Aufhebung der Isolationshaft gefordert. Ihr Aufruf an die Regierung und an den Justizminister, drei Türen mit Drei-Bett-Zellen zu öffnen und so das Zusammenkommen von neun Gefangenen zu ermöglichen, findet Zustimmung in der Öffentlichkeit. Die todesfastenden Gefangenen und die Angehörigen haben erklärt, dass sie diesen Vorschlag annehmen würden. Nachdem der Justizminister wieder eine seiner klassischen Erklärungen abgegeben hat, nämlich dass dieser Lösungsvorschlag „nicht akzeptabel“ sei, haben nun auch Künstler und Schriftsteller eine Erklärung abgegeben und die Forderung unterstützt. Weiter fordern sie den Staat auf, weitere Todesfälle zu verhindern und erforderliche Schritte einzuleiten.

Der Abgeordnete der sozialistische Partei Mehmet Bekaroglu sagte: „In einer Hochsicherheitsgefängnis würde die Zusammenkommen von neun Menschen die Sicherheit des Staates nicht gefährden.“

Aktuelle Informationen

Wie der Vorsitzende der Anwaltskammer Ankara, Sadik Erdogan, mitgeteilt hat, betrachtet Justizminister Hikmet Sami Türk den Vorschlag „Drei Türen, drei Schlösser“ positiv. Möglicherweise sei eine Einigung im Todesfasten in Sicht.

Erdogan beantwortete auf einer Pressekonferenz im Vorfeld des von der Anwaltskammer Ankara zwischen dem 8. und 11. Januar durchzuführenden „Internationalen Rechtskongresses 2002“ die Fragen von JournalistInnen. In diesem Zusammenhang teilte er mit, er sei am Samstag mit Justizminister Türk zusammengetroffen: „Möglicherweise kann es zu einer Einigung kommen. Ich habe festgestellt, dass der Minister die Situation mit Sympathie betrachtet.“

Auf die Bemerkung, der Minister habe zuvor negativ auf den Vorschlag der Anwaltskammern von Istanbul, Izmir und Antalya reagiert, erklärte Erdogan: „Dabei handelt es sich um ein Missverständnis. Wir schlagen nicht vor, zum Großzellensystem zurückzukehren. Mit der Öffnung von jeweils drei Türen von Drei-Bett-Zellen können jeweils neun Gefangene zusammenkommen und damit könnte das Problem gelöst werden. Der Minister sagt etwas vollkommen anderes. ‚Es gibt die Büchereien, die gemeinsam genutzten Sportanlagen, etwas anderes ist nicht nötig‘, sagt er. Dabei handelt es sich bei dem von uns hervorgebrachten Vorschlag um die Öffnung von jeweils drei Drei-Bett-Zellen.“

Während die Regierung und Justizministerium weiterhin die Aufrufe der Öffentlichkeit zur Lösung des Problems ignorieren, sterben weitere Gefangene.

Zeynel Karatas, 25 Jahre alt, geboren in Dersim, starb am 5. Januar um 00.30 Uhr im F-Typ Isolationsgefängnis. Er war am 29. Dezember 2001 wegen der Mitgliedschaft in der Organisation TKP(ML) verhaftet worden.

Lale Ocak, 27 Jahre alt (Bild), geboren in Sivas, starb am 8. Januar um 02.00 Uhr in

einem Istanbul Krankenhaus. Lale Ocak wurde am 21. Dezember 2001 wegen Haftunfähigkeit entlassen, sie beteiligte sich im Widerstand am 27. Mai 2001 in der 4. Todesfastengruppe als Mitglied der Organisation TIKB. Bei ihrer



Beerdigung wurde der Staat ein weiteres Mal aufgefordert, die Isolationshaft aufzuheben.

Staatliche Repressionen gegen Andersdenkende und Vereine

Im Dezember letzten Jahres wurden in der Türkei fortschrittlich progressiven Institutionen und Kulturzentren erstürmt, Besucher und Anwesende sowie Mitarbeiter verhaftet.

Am 22. Dezember wurden der Anatolien-Verlag und die technische Redaktion der Zeitschrift Vatan von der Polizei geschlossen. Die Zeitschrift Vatan berichtet über die aktuellen und politischen Ereignisse in der Türkei und ist somit eine Alternative zu den Medien, die sich ihre Nachrichten von der Staat diktieren lassen.

Auch die Angehörigenorganisation der politischen Gefangenen TAYAD Anatolien wurde am 27. Dezember von der Polizei versiegelt und geschlossen. Jede Stimme des Volkes, die sich gegen die Tyrannei erhebt, wird brutal unterdrückt.

Kücükarmutlu: Die Polizei terrorisiert weiterhin die Anwohner, dort herrscht Ausnahmezustand. Bei der Erstürmung dieses Stadtteils am 5. November durch die Antiterror-Einheiten wurden in einem der Widerstandshäuser vier Menschen getötet, das Haus wurde unbewohnbar verwüstet. Beim zweiten Erstürmung am 13. November wurde es zum Teil abgerissen. Der Besitzer des Hauses Yücel Hanoglu, wird daran gehindert, Renovierungsarbeiten durchführen zu lassen. Er selber und die beauftragten Handwerker sind oftmals von der Polizei festgenommen und bedroht worden. Die Polizei verlangt willkürlich eine Renovierungserlaubnis vom DGM (Staatsicherheitsgericht). Daraufhin beantragte er eine Genehmigung.

Der Staatsanwaltschaft bei der DGM drohte Y. Hanoglu damit, dass ihm eine Anklage wegen Missbrauch des DGMs drohen kann, da sie dafür nicht zuständig seien.

Folter wird nicht verfolgt

Im Fall der Folterung an todesfastenden Gefangenen auf dem Transport in andere Gefängnisse nach dem Massaker vom 19. Dezember ist auf Einstellung des Verfahrens entschieden worden.

Insgesamt waren es 65 Personen, die Anzeige wegen Folter im F-Typ-Gefängnis Kandira - u.a. wegen Vergewaltigung mit Knüppeln - gestellt hatten. Die Staatsanwaltschaft entschied jetzt, den Fall wegen „Mangel an Beweisen“ einzustellen - ohne ärztlich erstellte Atteste überhaupt zu untersuchen. (...)

Wie Rechtsanwältin Gülizar Tuncer mitteilte, ist von vielen der Anzeigensstellern nicht einmal eine Aussage aufgenommen worden. „Nur die Aussagen der Gefängnisangestellten und Soldaten aufzunehmen, ist nicht mit Recht zu vereinbaren. Bis auf einen ist keiner meiner Mandanten angehört worden. Auch Zeugen sind nicht angehört worden. Im Gefängnis gibt es von jedem Gefangenen einen Akte. In diesen Akten sind auch die ärztlichen Atteste der Gefangenen. Aber die Staatsanwaltschaft hat es nicht für nötig gehalten, diese hinzuzuziehen, und auf Einstellung entschieden.“ Gülizar Tuncer hat im Namen ihrer Mandanten Einspruch gegen das Urteil eingelegt. *Özgür Politika*, 13. Januar 2002, *Informationsstelle Kurdistan e.V.*



ben gestalten. Was ist denn ein Mensch ohne eigene Meinung, welchen Sinn hat dann das Leben! Tiere leben auch, aber die Frage ist wie! Es muss einen Unterschied geben, damit man sich als Mensch bezeichnen kann. Was ist ein Mensch ohne eine eigene Meinung? Die politischen Gefangenen in der Türkei sagen nein, wir sind Menschen, wir haben bis jetzt mit unserer Würde gelebt und wir wollen auch weiter in Würde leben. Sie sagen: „Sie wollen uns in die Isolationsge-

fängnisse einsperren, damit wir verrückt werden, sie wollen uns in Menschen ohne eine eigene Meinung verwandeln.“ Deswegen begannen sie am 20. Oktober 2000 mit dem Todesfasten, weil ihr Körper die einzige Waffe ist, die sie noch zur Verfügung haben.

Der türkische Staat aber kann nicht einmal das Recht auf Widerstand ertragen. Zwischen dem 19. und 22. Dezember 2000 griff der Staat die Todesfastenden in den Gefängnissen an, und ermordete 28 Gefangene durch Erschießen, Verbrennen und Vergiften mit Gasbomben. Alle politischen Gefangenen wurden in die Isolationsgefängnisse (F-Typ Gefängnisse) verlegt. Hier setzen die politischen Gefangenen ihr Todesfasten fort. Der Staat benutzte mehrere Taktiken, um diesen Widerstand zu brechen. Er entließ die Gefangenen unter bestimmten Auflagen aus den Gefängnissen. Die Gefangenen setzten aber ihren Widerstand auch außerhalb der Gefängnisse fort. Um ihren Widerstand zu brechen, wurden über hundert Gefangene zwangsernährt, wodurch sie ihr Erinnerungsvermögen verloren haben. Aus ihnen wurden lebende Leichen. Der Widerstand konnte nicht beendet werden. Der Staat griff die Häuser im Istanbul Stadtteil Armutlu

an, wo die unter Auflagen entlassenen Gefangenen und Freiwillige, die sich diesem Widerstand angeschlossen hatten, ihr Todesfasten fortsetzten, mit 3000 maskierten Polizisten, Waffen, Arbeitsmaschinen und Gasbomben. Sie ermordeten 4 Personen, indem sie erschossen, vergiftet und verbrannt wurden. Der Widerstand wurde trotzdem fortgesetzt. Der Staat hat neue Gesetze erlassen, um seine Angriffe zu legitimieren und einen aufkommenden Protest zu verhindern. So ist

jetzt jede Unterstützung des Todesfastens strafbar. Als Unterstützung werden sogar kritische Äußerungen gegenüber der Regierung verstanden.

„Wenn ein Stadium der Lebensgefahr erreicht wird oder das Bewusstsein verloren geht und dies medizinisch festgestellt wird und am befindlichen Ort nicht behandelt werden kann, kann der Betroffene auch gegen seinen Willen in ein Krankenhaus eingeliefert werden, um hier auf der Grundlage der erstellten Diagnose behandelt und ernährt zu werden.“ Mit solchen Gesetzen wollen sie ihre Folter, mit dem sie die Men-

schen verkrüppeln, legalisieren.

Wir appellieren an alle fortschrittlichen Kräfte:

Seht nicht nur zu, wie diese Menschen im Kampf für Gerechtigkeit sterben.

Beteiligt euch an der von uns geplanten Delegation Mitte Februar nach Istanbul und macht euch ein Bild von der Lage vor Ort.

Wie lange wollen wir noch schweigen? 85 Menschen haben ihr Leben und über hundert ihr Erinnerungsvermögen verloren. Solange wir schweigen, ist der Tod von weiteren Menschen unumgänglich! Der türkische Staat greift mit Massakern an. Solange wir diesen Massakern nur zuschauen, machen auch wir sich mitschuldig.

DIE GEFANGENEN PROTESTIEREN GEGEN DIE ISOLATIONSGEFÄNGNISSE.

FÜR EIN MENSCHLICHES LEBEN WEHREN WIR UNS GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG.

IKM, Komitee gegen Isolationshaft
tel/ fax.: 0049 / 40 / 28053625 Adr.:
Helmsweg 33 - 21073 Hamburg
Kontoverbindung; Postbank/ Hamburg Kto-
Nr: 79 966 205 BLZ: 200 100 20
Internet.: www.noisolation.de E-Mail:
noisolation@ninebyte.de

Delegationsaufruf nach Istanbul

Die Revolutionäre in der Türkei werden eingesperrt, nur weil sie gegen Hunger und Unterdrückung sind und ihre Meinung frei äußern wollen. Auch innerhalb der 4 Wände setzte der Staat seine Massaker fort. Die politischen Gefangenen wollen mit ihren Ansichten leben und dementsprechend ihr Le-

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax: (040) 43 18 88 21, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de **Herausgeber:** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42

32. - Einzelpreis: 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. **Herstellung und Drucklegung:** GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg

m.b.H. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. **Redaktionsschluss für Nr. 256: So, 10.2.2002**